45. Freitag den 22. Februar 1861. **45.**

Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. **Bestellungen** nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis **10 Uhr** Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 22. Februar. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den Rothen Adler-Orden erster Klasse: dem Prinzen Murat Hoheit; den Rothen Adler-Orden erster Klasse in Brillanten: dem Kaiserlich Königlich östreichischen Feldmarschall-Lieutenant von Schmerling; den Rothen Adler-Orden erster Klasse: dem Königlich württembergischen General-Lieutenant und Flügel-Adjutanten von Baur, dem Königlich belgischen General-Lieutenant und Divisions-Kommandanten Du Roy, dem Kurfürstlich hessischen General-Lieutenant von Haynau, dem Königlich schwedischen General-Lieutenant Grafen von Essen; den Rothen Adler-Orden erster Klasse in Brillanten: dem Königlich sardinischen General und Armee-Korps-Kommandanten della Marmora; den Rothen Adler-Orden erster Klasse: dem Königlich niederländischen General-Lieutenant von Stuers, dem Königlich sicilianischen General-Lieutenant Cutrofiano Grafen d'Aragona zu verleihen; ferner den Pächtern der Königlichen Hausfideikommiß-Aemter Toeppendorf und Klein-Obisch, Ober-Amtmann Evers und Ober-Amtmann Metscher, den Charakter als Amtsrath zu verleihen; endlich dem Geheimen Regierungs-Rath a. D., derzeitigen Ober-Inspektor der Rheinschifffahrt, Bitter zu Mannheim, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Kaisers von Rußland Majestät ihm verliehenen St. Annen-Ordens zweiter Klasse; so wie dem der Gesandtschaft in Rom attachirten Lieutenant a. D. Freiherrn v. Vincke zur Anlegung des von des Königs beider Sicilien Majestät ihm verliehenen Ritterkreuzes des Konstantinischen St. Georg-Ordens zu ertheilen.

Der Rechtsanwalt und Notar Denso zu Warburg ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht in Minden, mit Anweisung seines Wohnsitzes duselbst versetzt worden. Der bisherige Kreisrichter Kutscher ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Stolp und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Köslin, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Stolp, ernannt worden.

Der bisherige Regierungs-Sekretariats-Assistent Winkelmann ist zum Geheimen revidirenden Kalkulator ernannt worden.

Angekommen: Se. Exzellenz der General der Kavallerie und kommandirende General des V. Armee-Korps, Graf von Waldersee, von Stockholm.

Nr 50 des St. Anz.'s enthält Seitens des k. Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten einen Bescheid vom 14. November 1860, bezüglich auf das Verhältniß der mittleren Bürgerschulen zu den Realschulen und den mit Gymnasien verbundenen Realklassen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Pesth, Donnerstag 21. Febr. In der heutigen Magistratssitzung wurde ein königliches Schreiben verlesen, durch welches der Landtag zum 2. April nach Ofen einberufen wird Behufs Inauguration und feierlicher Krönung des Kaisers als König von Ungarn, Ueberreichung des königlichen Inauguraldiploms an die Stände und die Landesvertretung, Wahl eines Palatins und Berathung höchst wichtiger gesetzlicher Verfügungen. Das Schreiben besagt, der Kaiser werde mit Gottes Gnade den Landtag persönlich leiten.

Dresden, Donnerstag 21. Febr., Nachm. Heute Morgen ist der Bildhauer Professor Rietschel gestorben.

Die Regierung hat den den Kammern vorgelegten, die Kirchenverordnung betreffenden Entwurf definitiv zurückgezogen.

(Eingeg. 22. Februar 8 Uhr Vormittags.)

Posen, 22. Februar.

Die Flugschrift, welche aus der Feder des Vicomte von Laguerronnière in Paris erschienen ist, schließt sich an die Reihe der Mystifikationen, mit denen der Kaiser der Franzosen die öffentliche Meinung von Zeit zu Zeit zu bethören sucht. Frankreich war seit zwei Jahren so mit Flugschriften überschwemmt worden, daß dieselben ihre Anziehungskraft auf die Menge verloren zu haben schienen. Nachdem die Anonymität vielfach als Maske mißbraucht worden war, hinter welcher ein unbedeutender Autor es bequem fand, einen unbedeutenden Inhalt zu verstecken, zeigte das Publikum geringe Neigung, auf solche Veröffentlichungen Gewicht zu legen und denselben irgend welchen Einfluß auf sein Urtheil zuzugestehen. Der Staatsmann in den Tuilerien verstand es, dieser Stimmung des Augenblicks Rechnung zu tragen. Alle Welt erfuhr, daß eine neue Schrift über Italien Hrn. v. Laguerronnière zum Verfasser haben würde, denselben Publizisten, welcher berufen war, in der berühmten Broschüre „Napoleon III. und Italien" das französische Programm anzudeuten, als der Kaiser zuerst das schmollende Wort gegen Oestreich schleuderte und den Plan des Krieges entwarf, welcher gleichzeitig das Signal zum Ausbruch der italienischen Bewegung wurde. Jene erste Schrift hatte die Absichten der napoleonischen Politik ziemlich klar hingestellt, und nichts war daher natürlicher, als die Erwartung, daß auch diesmal Laguerronnière als Herold der Zukunft auftreten würde. Die Erwartung ist getäuscht worden; denn die neueste Flugschrift bewegt sich nur in allgemeinen, vieldeutigen Redensarten und vertieft sich ganz in die Vergangenheit, ohne den Schleier zu lüften, welcher das italienische Programm des Tuilerienkabinets verhüllt.

Laguerronnière stellt sich in der Einleitung seiner Schrift die Aufgabe, die Einzelheiten der in Betreff Roms geführten Unterhandlungen zusammenzutragen und die Beweggründe der französischen Politik zu erläutern, damit das Land, in erster Linie aber der Senat und der Gesetzgebungskörper Frankreichs, vollkommen über die Sache aufgeklärt werde. Die hier angegebene Adresse mag richtig sein, obgleich der Verfasser von vorn herein die Ueberzeugung haben konnte, daß seine Kundgebung, besonders nach dem aufgewendeten Reklamenapparate, auch in weitere Kreise hinüberdringen würde. Allerdings hat die kaiserliche Politik auch im eigenen Lande vielfach mit Mißstimmung zu kämpfen. Sie genügt weder den Anhängern der italienischen Einheitsidee, noch denjenigen, welche das Recht der Verträge und die weltliche Herrschaft des Papstes befürworten. Auch von den Männern, welche keiner extremen Partei angehören und sich ein unbefangenes Urtheil bewahrt haben, wird die Staatskunst des Tuilerienkabinets in ihrer Grundsatzlosigkeit und Doppelzüngigkeit erkannt. Da war vielleicht, wenn auch nicht von dem Senate, welcher nur aus den vertrauten Freunden und Günstlingen des Kaisers besteht, so doch von dem Gesetzgebungskörper eine Kundgebung des Tadels oder des Widerstandes gegen die Regierung zu besorgen, und Laguerronnière beeifert sich, die Schleusen seiner Wohlredenheit zu öffnen, um die napoleonische Politik als die redlichste, uneigennützigste, weiseste und erfolgreichste, als eine zugleich katholische und liberale, zugleich französische und italienische Politik hoch zu preisen.

Ob die Staatskörper Frankreichs in das Lob einstimmen werden, haben wir abzuwarten. Doch können wir schon jetzt mit zuversichtlicher Gewißheit verkünden, daß die öffentliche Meinung Europa's den Redekünsten Laguerronnière's nur ein ungläubiges Ohr zuwendet. Widerspruchsvoll und vieldeutig, wie die Tuilerienpolitik, ist die Flugschrift des edlen Vicomte. Ihr ganzer Gedankengang weist darauf hin, daß der weltliche Thron des Papstes durch die eigene Schuld der römischen Kurie zusammenstürzt und daß die nationale Bewegung Italiens einer natürlichen Konsequenz folgt, indem sie Rom als die Hauptstadt des neuen Reiches und als Residenz des Königs von Italien in Anspruch nimmt. Plötzlich schließt sich aber an diese Darstellung die Versicherung, daß Frankreich auch fernerhin sein Schwert in Rom lassen müsse, um die Stunde zu erwarten, wo der Papst und Italien sich nach dem Rathe des Kaisers aussöhnen werden. Man erkennt deutlich, daß die Flugschrift einen Streich gegen die weltliche Macht Roms führt, welcher zuletzt auf höheres Kommando noch in der Schwebe gehalten wird. Napoleon III. ist katholisch und liberal. Von dem Preise, den Sardinien bieten kann, wird es abhängen, ob er sich entschließt, noch mehr liberal als katholisch zu sein.

Deutschland.

Preußen. ☾ Berlin, 21. Febr. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.] Heute Mittag kam die Königin Marie von Bayern von Potsdam nach Berlin, machte dem Könige, der Königin und den übrigen hohen Herrschaften ihre Besuche und kehrte alsdann, von ihrem Bruder, dem Prinzen Adalbert, und der Prinzessin Alexandrine begleitet, wieder nach Schloß Sanssouci zurück, worauf bei der Königin-Wittwe Tafel war, zu der auch die Prinzen Ludwig und Heinrich von Hessen Einladungen erhalten hatten. Abends kehrten die Prinzessin Alexandrine und der Prinz Adalbert von Potsdam hierher zurück. Noch immer weiß man nicht, wann der hochselige König in der Gruft in der Friedenskirche beigesetzt werden wird; es muß ein ganz neues Gewölbe gebaut werden, da das alte Mauerwerk nicht wasserdicht ist. — Wie es heißt, wollen unsere Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften, sobald es angeht, nach Potsdam übersiedeln. Der König schlägt nach wie vor auf Schloß Babelsberg seine Sommerresidenz auf, wird aber, wie dies schon während der Regentschaft geschehen ist, von dort öfter nach Berlin kommen, um hier mit den Ministern zu arbeiten. Man spricht von dem Bau einer Chaussee vom Park Babelsberg nach Kohlhasenbrück, damit der König auf dem kürzesten Wege die Bahn erreichen kann. Hierzu wäre denn auch nöthig, daß bei Kohlhasenbrück ein Stationsort, wenn auch nur für die Sommermonate errichtet würde. — Der König arbeitete heute Vormittag mit dem Kriegsminister v. Roon und den Generaladjutanten v. Alvensleben und v. Manteuffel und hatte alsdann eine längere Unterredung mit dem kommandirenden General des 5. Armeekorps, General der Kavallerie Grafen Waldersee, der von seiner außerordentlichen Mission nach Stockholm gestern hierher zurückgekehrt ist. Der Graf will schon in diesen Tagen nach Posen zurückkehren, wird aber zuvor noch zur königlichen Tafel gezogen werden. Heute Mittag machte er dem Kronprinzen und den übrigen königlichen Prinzen, so wie dem Minister v. Schleinitz seine Aufwartung. — Der Herzog von Braunschweig fuhr heute Mittag nach Potsdam, stattete der Königin-Wittwe einen längeren Besuch ab und traf darauf um 3 Uhr hier wieder ein. Zur Tafel war er beim Kronprinzen geladen. Beim Könige dinirten heute nur die Fürstin von Hohenzollern mit ihrer Tochter, der Prinzessin Marie.

Der Präsident des Herrenhauses, Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen, gab heute Nachmittag 4 Uhr ein Diner, an welchem der Fürst von Hohenzollern und mehrere Mitglieder des Herrenhauses, sowie der Polizeipräsident v. Zedlitz Theil nahmen. — Der Minister Graf Schwerin hat heute an die übrigen Räthe der Krone und an verschiedene Landtagsmitglieder Einladungen zu einem Diner ergehen lassen, das am nächsten Mittwoch in seinem Hotel stattfinden soll. — Es geht hier das Gerücht, daß der Unterstaatssekretär Sulzer nach Posen versetzt werden soll. (?) Ob dies Gerücht Beachtung verdient, vermag ich zur Stunde nicht anzugeben. — Der Polizeipräsident v. Bärensprung, welcher einige Tage hier verweilte, wird heute Abend nach Posen zurückreisen. — Der herzogliche Finanzdirektor v. Amsberg ist heute Morgen von Braunschweig wieder hier eingetroffen und wurde bald darauf vom Herzog von Braunschweig, zugleich mit dem Geschäftsträger Dr. v. Liebe empfangen. Die Verhandlungen wegen des Baues der Bahn Kreiensen-Buke sollen nun rasch zu Ende geführt werden. — Im Ministerium des Innern beschäftigt man sich eifrig mit Reformen für das Armenwesen und sollen namentlich die Erfahrungen des letzten Dezenniums, welche manche Lücke bloßgelegt haben, die Grundlage neuer Einrichtungen bilden. — Ein hiesiger Weingroßhändler beabsichtigt die Höhen hinter Schöneberg anzukaufen und dort einige 30 Villen im Schweizerstile zur Aufnahm evornehmer Familien während der Sommerzeit zu erbauen, das ganze bedeutende Terrain aber mit waldartigen Parkanlagen zu umgeben. Lage, Luft und Trinkwasser sind vortrefflich; daher dürfte diese Spekulation keine verfehlte sein. — Das bekannte Teltow soll eine Provinzial-Irrenanstalt erhalten. — In Hannover tagen heute und morgen die Direktoren des norddeutschen Eisenbahnverbandes. Gegenstand der Verhandlungen sind Betriebsangelegenheiten.

Hirschberg, 18. Febr. [Ein Mordanfall auf den Lehrer Wander in Hermsdorf.] Die „Br. Z." meldet: Nachdem über das Vermögen seines aus Amerika vor circa 1½ Jahren zurückgekehrten Sohnes vor einigen Wochen der Konkurs eröffnet worden war, weil jener mit Zurücklassung seiner Familie flüchtig sich nach Amerika wieder zurückbegeben hat, sah sich Hr. Wander zur Sicherstellung seines Eigenthums unter Anderem auch genöthigt, gegen den zeitherigen Kommis seines Sohnes, J., eine Denunziation einzureichen, gleichzeitig jedoch aus naheliegenden Gründen der Frau seines Sohnes den ferneren Aufenthalt in seinem Hause zu untersagen. Gestern Abend in der 9ten Stunde verlangt ein Mensch, in welchem Wander den rc. J. erkannt haben will, durch Pochen Einlaß. Nachdem die Frau geöffnet und die Anforderung des stürmisch Eintretenden, Hrn. Wander sprechen zu wollen, mit der erst abzuwartenden Willensmeinung ihres Mannes zurückgewiesen hatte, drängte sich Jener doch in die Stube, woselbst er an Hrn. Wander das Ansinnen stellte, seine Frau zu entfernen. Als dieser dies natürlich verweigerte, zog der Eindringling plötzlich ein Pistol und drückte es, direkt auf Wander zielend, ab, stürzte, weil das Zündhütchen versagte, mit den Worten: „Verfluchter H—, du mußt doch sterben!" sich auf ihn und hieb mit dem Schaft des Pistols dergestalt auf Wanders Kopf, daß diesem, schwer verletzt, die Ueberwältigung des Wüthenden nur durch große Anstrengung gelang. Gleichwohl glückte es diesem während des Kampfes an der Stubenthür nach einem nochmaligen, gut gezielten Hiebe, den Händen Wanders zu entwischen. Als kurz darauf die Gerichtspersonen zur Verhaftung des vermeintlichen Uebelthäters in die Wohnung der Wanderschen Schwiegertochter, woselbst J. domizilirt, traten, wurde dieser im Bette liegend gefunden, und sowohl die Dienstmagd als auch deren Herrin erklärten den Gerichtspersonen, daß J. gar nicht ausgewesen sei! Doch soll man dessen Stiefeln noch voll nassen Schmutzes gefunden haben und wird behauptet, daß J. selbst ½ Stunde vorher von Warmbrunn aus den Zoll passirt, Nachmittags gegen 5 Uhr aber bei einem hiesigen Kaufmann, in Gegenwart des Schauspieldirektors Schiemang, Zündhütchen, ¼ Pfd. Pulver und, das Kaliber sorgfältig aussuchend, Kugeln gekauft habe. Eine Schußwaffe wurde bei J. nicht vorgefunden, auch bestreitet er fortwährend, ausgewesen zu sein. Hr. Wander erhielt zwei starke tiefe Verletzungen und mehrere Beulen am Kopfe.

Oestreich. Wien, 20. Februar. [Tagesnotizen.] Aus Oberungarn ist der Superintendent Kuzmany hier angekommen, um in der Angelegenheit des Protestantenpatentes die letzten Schritte Allerhöchsten Ortes zu thun. Wie die „Oestr. Z." vernimmt, sind noch 25 koordinirte Gemeinden in der Preßburger Superintendentur, die durch keine List und keine Drohungen zum Abfall von den geordneten Zuständen sich abbringen lassen wollen. Am fanatischsten soll die Verfolgung der Patentgemeinden, zumal ihrer Geistlichen, in jenen Gespannschaften sein, wo die Obergespane Protestanten sind: die katholischen benehmen sich humaner und unparteiischer. — Der „D. A. Z." schreibt man aus Nordböhmen, daß es endlich gelungen ist, die deutsche Partei zu einer geschlossenen Phalanx zusammenzuscharen, die ihre Spitzen in Wien hat. In Betreff der Wahlen zur Reichsvertretung, die nun außer allem Zweifel aus den Landtagen hervorgehen werden, ist dieses Zusammenhalten von höchster Wichtigkeit, und der Versuch der Ultraczechen, die Nationalität über die Freiheit zu stellen, dürfte an diesem Zusammenhalten scheitern. — Wie den „Hamb. Nachr." aus Paris telegraphirt wird, wollte man dort wissen, es sei von Wien nach Triest der Befehl zur Armirung sämmtlicher Segelschiffe der östreichischen Marine ergangen. Dieselben sollen nach Zara, Spalatro, Ragusa, Fiume und Cattaro gehen, und 12 Kanonenboote im Golf von Guarnero zur Ueberwachung des ungarischen Litorale Station nehmen.

— [Die Lage in Ungarn.] Die Nachrichten über Ungarn lauten milder und versöhnlicher. Man glaubt, daß die Ungarn ein Kompromiß anbieten werden, wodurch mindestens dem Geiste des Diploms und den Einheitsideen dem Maaße des äußersten Bedürfnisses nach entsprochen werden würde. Eine gewisse Befangenheit läßt sich in dem Tone der national-ungarischen Presse seit einigen Tagen nicht verkennen. Die Nachricht von der Erklärung des Belagerungszustandes in Fiume einerseits, die Thatsache andererseits, daß in Großwardein ein Korps von 80,000 Mann und in der Bukowina eines von beiläufig 30,000 Mann konzentrirt wird, dürften allerdings zum Nachdenken anregen. Bemerkenswerth ist noch, daß vom hiesigen Preßbüreau gegen mehrere Redaktionen Geldstrafen verhängt wurden, weil sie nach Ungarn dirigirte Truppenbewegungen gemeldet hatten, was einer lange verschollenen Verordnung widerspricht. So kleinlich die Maaßregel ist, so kennzeichnet sie doch die Bedeutung, welche man jetzt wieder insbesondere militärischen Dispositionen beilegt. (N. Z.)

— [Oestreich und Italien.] Die „Presse" giebt der östreichischen Regierung folgende spitzige Wahrheiten zu hören: „Die Eröffnung des ersten italienischen Parlaments enthält eine große Lehre für Oestreich. Vor wenigen Monaten noch regierte in Neapel ein König, der über ein zahlreiches Heer und eine mächtige Flotte gebot; der Kirchenstaat setzte der Turiner Annexionspolitik

offenen Widerstand entgegen; Europa protestirte und ganz Italien befand sich in heftiger Gährung. Der Staatsmann aber, welcher in Italien das Steuerruder lenkt, läßt sich durch keine Hindernisse abschrecken, keinen Augenblick weicht er von der eingeschlagenen Bahn ab. Mitten in Sturm und Ungewißheit wird das Parlament gewählt, und kaum gewählt, tritt es auch zusammen, um der Regierung eine erdrückende Verantwortlichkeit abzunehmen und das Chaos zu ordnen. Oestreich genießt seit Villafranca thatsächlich des äußern und innern Friedens; seit Jahr und Tag ist von der Organisation des Reiches die Rede, aber anstatt der Thatkraft und des klaren Bewußtseins des anzustrebenden Zieles, deren schlagende Wirkungen uns Italien zeigt, vergeht Monat um Monat in erfolglosen Experimenten, wachsen die Schwierigkeiten mit jedem Tage, schwinden die Macht, das Ansehen, das allgemeine Vertrauen. Die offiziöse Presse in Oestreich mag eine patriotische Pflicht erfüllen, wenn sie Cavours auswärtige, territoriale Politik verurtheilt, aber sie sollte sich hüten, das Talent eines Ministers herabzusetzen, dessen Ideenreichthum, Organisationsfähigkeit und Schlagfertigkeit für jeden Oestreicher ein Gegenstand des Neides und der Bewunderung ist."

Krakau, 18. Febr. [**Regelung der Sprachenfrage an der Universität.**] Die Sprachenfrage der Jagiellonischen Universität ist, dem „Czas" zufolge, für jetzt geregelt. Das Staatsministerium hat die bezügliche Verordnung am 13. d. erlassen, und die weiteren Erlasse, die Durchführung dieser Verordnung betreffend, werden nächstens verlautbaren. Diejenigen Professoren, welche der polnischen Sprache mächtig sind und deren Fächer polnisch tradirt werden sollen, sind verpflichtet, gleich im bevorstehenden zweiten Semester ihre Vorträge in polnischer Sprache zu eröffnen, und die Professorenkollegien haben ihre Anträge bezüglich der angemessenen Besetzung der Lehrerstühle ohne Verzug zu stellen. Der Verordnung zufolge werden in polnischer Sprache vorgetragen:

1) In der medizinischen Fakultät sämmtliche Gegenstände bis auf die gerichtliche Medizin und die Geschichte der Heilwissenschaft, welche deutsch vorgetragen werden müssen; überdies sind die Professoren verpflichtet, wenigstens jedes dritte Schulsemester über ihre Fächer collegia publica in deutscher Sprache zu halten. 2) In der juristisch-politischen Fakultät werden die positiven Fächer in deutscher Sprache, die allgemein wissenschaftlichen in polnischer vorgetragen, demnach die letztere als Unterrichtssprache erklärt ist für das römische und kanonische Recht, für die Rechts-Philosophie, Rechtsgeschichte, National-Oekonomie, Finanz- und Administrations-Wissenschaft, allgemeine Statistik, für das europäische Völkerrecht, französische und ehemalige polnische Recht, dann für das Zivil- und Strafverfahren; die Professoren, welche die positiven Fächer in deutscher Sprache vortragen, müssen überdies ihren Hörern die polnische rechtswissenschaftliche Terminologie erläutern. 3) In der philosophischen Fakultät ist die polnische Unterrichtssprache als Grundsatz angenommen, es muß jedoch die deutsche Sprache und Literatur deutsch vorgetragen werden, und die Fächer der Geschichte und Philologie werden zwei Professoren, einen deutschen und einen polnischen erhalten; die collegia publica werden deutsch abgehalten. Die theologische Fakultät, auf welcher bis jetzt nur lateinisch und polnisch vorgetragen wurde, wird von der neuen Verordnung nicht betroffen. Die Prüfungen werden in der Sprache vorgenommen, in welcher der Kandidat die Gegenstände gehört hatte.

Pesth, 20. Febr. [**Telegr.**] Die Justizkonferenz hat die Wiedereinführung des ungarischen Wechselgesetzes mit einigen vom Komité beantragten geringen Modifikationen beschlossen, und den Antrag auf Hinausschiebung eines Reaktivirungstermins hierfür, so wie für andere wieder herzustellende Gesetze verworfen. — In Ofen hat die Stadtrepräsentanz die Ausschließung aller seit 1849 angesiedelten Fremden, selbst der Realitätsbesitzer, von der Wahlberechtigung beschlossen. Ferner wurde die Beiseitelegung von Aufforderungen zu Aerarialsteuern, Unterlassung von Eintreibungen der Rückstände und Annahme ungestempelter Eingaben und Quittungen zum Beschluß erhoben.

Bayern. **München**, 19. Februar. [**Piemontesische Kriegsgefangene.**] Am 16. d. sind von Kufstein kommend 100 ehemalige neapolitanische Soldaten aus dreimonatlicher Gefangenschaft in Piemont im traurigsten Zustande hier eingetroffen. Darunter 54 aus Bayern.

Eßlingen, 18. Febr. [**Petitionen.**] In einer gestern hier stattgefundenen Versammlung von 50 Israeliten wurde beschlossen, an den König und die Kammer Petitionen zu richten, in welchen diejenigen Ausnahmebestimmungen gegen die Israeliten enthalten sind, deren Beseitigung als ein Akt der Gerechtigkeit und als ein Erforderniß der Zeit erscheine.

Frankfurt a. M., 18. Febr. [**Todesfall.**] Am 16. d. verstarb zu Büdingen in einem Alter von 54 Jahren der regierende Fürst Ernst Kasimir zu Ysenburg-Büdingen, ein Bruder des k. preußischen Gesandten am hannoverschen Hofe.

Frankfurt a. M., 19. Febr. [**Selbstmord.**] Schon wieder ein Opfer der Spielbanken. Vorgestern Nachmittags um 4 Uhr verließ eine zu Bad Homburg sich schon längere Zeit aufhaltende englische Dame den Spielsaal, in welchem sie nach und nach fast ihr ganzes Vermögen verloren hatte, ging nach dem eine halbe Stunde entfernten Orte Kirdorf, bestieg den Thurm der dortigen neuen Kirche, setzte sich auf das steinerne Geländer, band zuerst ihre Füße mit einem seidenen Bande zusammen und stürzte sich so rücklings von dem etwa 100 Fuß hohen Thurme herab. Die Unglückliche wurde zwar noch lebend, aber in einem gräßlich verstümmelten Zustande nach Homburg in das Hospital gebracht. (K.Z.)

Großbritannien und Irland.

London, 19. Febr. [**Tagesbericht.**] Der Prinz-Gemahl muß, einer leichten Erkältung wegen, seit einigen Tagen das Zimmer hüten. — Die „Army and Navy Gazette" erwähnt gerüchtweise, daß das Lager von Aldershott abgebrochen werden soll, daß künftig nur die Kadres gewisser Regimenter dasselbe beziehen werden, und daß das Lagerwesen nach dem Muster des französischen organisirt werden soll. — Dasselbe Blatt meldet, daß die neuen gepanzerten Fregatten, der „Warrior" und „The Black Prince" ausschließlich mit Armstrongkanonen armirt werden sollen. — Lord Palmerston hat eine von einer Anzahl angesehener Männer, darunter Peers und Mitglieder des Unterhauses, unterzeichnete Denkschrift erhalten, in welcher er gebeten wird, Schritte für eine Vermehrung der Bisthümer zu thun. Während die Bevölkerung von England und Wales, heißt es in dem Schriftstück, sich in den letzten 50 Jahren mehr als verdoppelt habe, sei die Zahl der Bischöfe seit der Mitte des 16. Jahrhunderts nur um einen einzigen vermehrt worden. Die Diözese London zähle mehr als 2 Millionen Seelen. Hier wäre eine Theilung in zwei Diözesen, die durch Ernennung des Dechanten von Westminster zum Bischofe bewerkstelligt werden könnte, wohl am Platze. Auch Exeter könne eine Theilung sehr wohl vertragen. Es sei dies die größte Diözese in England und Wales, indem die Kathedrale von Exeter ungefähr 145 englische Meilen von der Westgrenze des Sprengels entfernt liege. Der Diözesen Durham, Rochester, Lincoln und Gloucester wird gleichfalls in ähnlicher Weise gedacht. — Cobden läßt im „Athenäum" dem Gerüchte widersprechen, daß er im Begriffe stehe, ein Buch über Frankreich oder irgend ein anderes Buch zu veröffentlichen. — In Manchester bildet sich, wie es heißt, ein Aktienverein, um in Indien, Amerika und sonstigen Punkten Baumwolle aufzukaufen und Vorräthe für etwaige böse Zeiten anzulegen. Das zu diesem Zwecke aufzutreibende Kapital ist auf eine Million Pfd. St. und der Betrag einer jeden Aktie auf 1000 Pfd. St. angesetzt. Schon sollen 200,000 Pfd. St. deponirt worden sein.

— [**Laguerronnière's Flugschrift.**] Alle Blätter, mit Ausnahme des „Herald", hören in der neuen Pariser Schrift gegen Rom deutlich das „Grabgeläute" der weltlichen Herrschaft des Papstes; selbst in dem Worte „Grabgeläute" begegnen sie sich. Die „Times" nimmt der Flugschrift gegenüber eine sehr antinapoleonische Stellung ein. (Wir werden darauf zurückkommen. D. R.)

— [**England und der Bonapartismus.**] In einem Artikel: „Das Kaiserreich des Friedens" sucht die „London Review" die Spuren der Intriguen des Bonapartismus in ganz Europa nachzuweisen und behauptet dabei unter Anderem, daß im Jahre 1859 beinahe schon eine ungarische Revolution von Frankreich aus angefacht worden wäre, und daß Ungarn jetzt nur das geheimnißvolle Signal von Paris aus erwarte. Ebenso wühle der Bonapartismus in Deutschland, Italien, Polen und in der Türkei. Wohin man sich wende, beherrsche er die Lage, nur nicht in England. Hier aber bereite er sich vor, England die Beherrschung der Lage vermittelst einer gepanzerten Flotte streitig zu machen. Zu behutsam, um Englands Gegnerschaft zu erwecken, während er den Rest Europa's bearbeite, wisse er England mit Handelsverträgen und Preßfreiheiten zu kirren und bis zu einem gewissen Punkt blind zu machen, und zugleich ruft er eine aggressive Flotte ins Leben, aus Gründen, welche er nicht zu erklären beliebe, die aber England nöthigten, über 30 Mill. Pfd. jährlich zu verausgaben, damit es nur eine leidliche Sicherheit vor den Heeren und Flotten seines „herzlichen und nichts als Frieden athmenden Alliirten" habe. Dennoch hält es die „London Review" Angesichts der Lage Europa's weder für möglich, noch für wünschenswerth, fremde Allianzen anzunehmen oder zu suchen. Nur in Rußland wäre eine „Solidarität" zu finden, aber der „kranke Mann" stehe einer wirklichen Identität der Interessen als unübersteigliches Hinderniß im Wege. England müsse sich gefaßt machen und rüsten, im Nothfall die Stunde der Prüfung ganz allein zu bestehen!

London, 20. Febr. [**Parlament.**] In der gestrigen Sitzung des **Oberhauses** vertheidigte der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Lord Wodehouse, gegen die Lords Grey und Ellenborough die von der englischen Regierung China gegenüber befolgte Politik und versprach die Vorlegung der betreffenden Schriftstücke. — Im **Unterhause** beantragte Hubbard (Tory) die Einsetzung eines Sonder-Ausschusses, welcher sich mit der Vertheilung der Einkommensteuer befassen soll. Der Schatzkanzler sprach dagegen; doch siegte Hubbard mit 131 gegen 127 Stimmen.

Frankreich.

□ **Paris**, 19. Februar. [**Victor Emanuels Thronrede; Laguerronnière's Broschüre; Mirès; die polnische Frage; Ledru Rollin.**] Die gestern bekannt gewordene Rede König Victor Emanuels hat keinen sonderlichen Eindruck in Paris hervorgerufen. Vorzugsweise fühlt sich die Bescheidenheit der Franzosen gekränkt, weil der König von Piemont unverkennbar mit mehr Dankbarkeit der passiven Hülfe Englands erwähnt, als seines kaiserlichen Freundes jenseits der Alpen. Indessen haben die Italiener wohl ein gutes Recht, mehr Vertrauen auf England als auf Napoleon zu haben, der ihnen zwar den Stoß gegeben, durch welchen sie auf der Bahn der Einheitsbestrebungen fortschreiten, zugleich sich aber in manchen Fragen als ein Hemmschuh gezeigt hat, ja dessen „unegoistische" Ideen und Pläne in Italien selbst viele Gegner finden, deren Befürchtungen bei jedem neuentdeckten muratistischen Komplott lebhafter werden. — Die Broschüre La France, Rom et l'Italie beschäftigt theilweise noch immer angelegentlich die Gemüther, und Jeder deutet sie nach seiner Ansicht. Diese Elastizität ist ein Merkmal, welches allen Manifestationen der napoleonischen Politik eigen ist. Man kann aus der Flugschrift Laguerronnière's die dem Papstthum nachtheiligsten Resultate ziehen, während in der That nichts gesagt ist, was auf die *wirkliche Absicht* des Kaisers schließen läßt. Die Bedeutung derselben ist daher meines Erachtens nach nicht in den Angriffen gegen das Papstthum zu suchen, sondern vielmehr in dem Umstand, daß sie gegen den Senat und den gesetzgebenden Körper gerichtet ist. Ich habe Ihnen bereits wiederholt mitgetheilt, daß diese beiden Versammlungen durchaus mit der in Italien befolgten Politik des Kaisers nicht einverstanden sind. Um den etwaigen Debatten die Spitze abzubrechen durch die Aufzählung der verschiedenen Punkte, in welchen Napoleon III. den Papst *unterstützt*, sowie durch genaue Mittheilung der feindlichen Haltung, welche man in Rom gegen Frankreich beobachtet, genügte die Mittheilung der Depeschen in den Kammern nicht; man mußte zugleich auf die öffentliche Meinung wirken, um, im Fall die Deputirten und Senatoren in ihrer reaktionären Opposition verharrten, dem Volke sagen zu können: „was helfen jene Kammern der Freiheit, wir, die Regierung, sind viel freisinniger als sie." Es ist dies ein neuer Akt in jener Posse, welche man hier mit den parlamentarischen Prinzipien spielt. In einzelnen Kreisen geht man noch weiter und erwartet eine Auflösung des gesetzgebenden Körpers, wenn seine Mitglieder wirklich die Verwegenheit besitzen sollten, ihre Ueberzeugung auszusprechen. Doch kann eine solche Maaßregel nicht stattfinden, ehe die Adresse und das Budget für 1862 berathen sind. — Ueber die heute stattfindende Konferenz in der syrischen Angelegenheit kann ich Ihnen noch nichts mittheilen, denn dieselbe hat eben erst begonnen, indem ich diesen Brief schreibe. Ausführlicher kann ich mich über die Mirès'sche Angelegenheit aussprechen, welche Paris in eine nicht geringere Aufregung versetzt hat. Sie wissen, daß Mirès Kredit seit jener Angelegenheit mit seinem Associé Baron Pontalba, erschüttert war. Die Untersuchung, welche eingeleitet werden sollte, wurde immer aufgeschoben, weil man sich aus verschiedenen Gründen vor einem energischen Vorgehen hütete. Diesen Umstand suchte Mirès auf ungeschickte Weise auszubeuten, indem er sich in einem vor wenigen Tagen abgesandten Briefe an den Kaiser darauf berief, daß eine Untersuchung verschiedene hochgestellte Personen in hohem Grade bloßstellen würde. Dieser Brief, der etwa 30 Seiten stark gewesen sein soll, ließ den Kaiser erkennen, daß eine Niederschlagung des Prozesses nicht möglich sei, und der Befehl wurde dem Minister der Justiz Delangle ertheilt, unverzüglich mit der Instruktion vorzugehen. Am Sonntag Abend wurde Mirès verhaftet (s. gestr. Ztg.) und nach dem bekannten Gefängniß „Mazas" gebracht. Gestern ist sein Bankerott ausgesprochen und sind die Bücher mit Beschlag belegt. Zum Verwalter der Masse ist Graf Germiny, der Gouverneur der französischen Bank, ernannt. In diesen Bankerott ist mitverwickelt der Senator Graf Siméon, Präsident des Verwaltungsrathes des Mirès'schen Vereins.

Die polnische Frage beschäftigt hier einen Theil des Publikums noch immer; sie ist besonders in den letzten Tagen wieder in den Vordergrund getreten, seitdem in der Partei selbst eine eklatante Spaltung eingetreten ist, hauptsächlich durch eine Broschüre hervorgerufen, welche das polnische Volk auffordert, sich nicht abermals von dem emigrirten Adel und der katholischen Geistlichkeit zu einer Revolution hinreißen zu lassen, welche im glücklichen Fall nur die alte Oligarchie, die Polens Untergang herbeigeführt, wieder aufrichten werde. Die Flugschrift führt den Titel: „Que faire de la Pologne?" Verfasser ist ein der demokratischen Partei angehöriger Russe. Der Rath, den er den Polen giebt, ehe sie ihre Nationalitätsbestrebungen ernster verfolgen, einen Moment abzuwarten, wo auch den niederen Klassen Rechte eingeräumt werden, welche der Adel ihnen stets vorenthalten, mag wohlgemeint sein im Interesse des Volks. Daß er bei den hier lebenden Polen wenig Beifall gefunden hat, könnte für ihn sprechen, und verräth die Bestrebungen derselben, die alten Zustände wieder in Polen heraufzuführen, wenn ihr Plan gelingen sollte, ein unabhängiges Reich zu gründen. — Es wird Ihren Lesern nicht unbekannt sein, daß Ledru Rollin nach dem Attentat vom 19. Januar 1857 in contumaciam zum Tode verurtheilt wurde. In Folge der Amnestie im Jahre 1859 beabsichtigte er nach Frankreich zurückzukehren; indessen erhielt er von dem französischen Generalkonsul in London, Gaillard de Ferry, die Mittheilung, daß ihm auf den Befehl des Ministers des Innern kein Paß verabfolgt werden könne, da die Amnestie sich nur auf politische Vergehen erstrecke, er aber wegen Theilnahme an einem gegen das Leben des Kaisers gerichteten Komplott verurtheilt sei, ein Verbrechen gegen das gemeine Recht, das also nicht die Ausdehnung der Amnestie auf ihn zuließe. In Folge dessen forderte Ledru Rollin von den Pariser Advokaten ein Gutachten über die Frage: ob ein Komplott gegen das Leben des Kaisers ein politisches Verbrechen sei? Dies Gutachten, vom 23. Januar 1861 ausgestellt, liegt mir vor, und ertheilt auf die gestellte Frage folgende Antwort: „Wir glauben nicht, daß die Bejahung dieser Frage Gegenstand irgend welchen Zweifels sein kann." Es würde mich zu weit führen, wenn ich tiefer auf die Begründung dieses Gutachtens eingehen wollte, nur so viel, daß die zur Begutachtung aufgeforderten Herren auf die anfängliche Gesetzgebung unter dem ersten Napoleon zurückgehen, und den Beweis führen, daß der Begriff Komplott stets nur im gesetzlichen Sinne ein politisches Verbrechen bedeutet habe, an welcher Auffassung die späteren Modifikationen, welche unter den Bourbonen, der Julíregierung, der Republik und schließlich auch bei Gelegenheit der Gründung des zweiten Kaiserreichs im Code pénal stattgefunden, nichts geändert haben. Das Gutachten schließt mit der Bemerkung, daß keine Behörde ohne Mißbrauch ihrer Gewalt Ledru Rollin seinem Vaterlande fern halten dürfe. Es folgen 62 Unterschriften, unter ihnen die bedeutendsten juristischen Kapazitäten der Pariser Advokaten.

Paris, 19. Februar. [**Tagesnotizen.**] Der „Moniteur" enthält den Bericht über die gestrige Sitzung des Gesetzgebungskörpers, welcher sich mit Wahlprüfungen beschäftigte. Die Wahlen der Herren Pissard und Bartholony, Deputirten des 1. und 2. Wahlbezirkes von Ober-Savoyen, wurden annullirt, und zwar wegen eines Formfehlers. — Von dieser Woche an wird der Kaiser alle Donnerstage, Abends 9 Uhr, große Audienz ertheilen. Der „Moniteur" zählt heute die Kategorien der dabei zulässigen Personen auf. Besondere Einladungen werden dazu nicht ergehen. — Die französische Kriegsflotte besteht laut amtlicher Mittheilung gegenwärtig aus 35 Linienschiffen (wovon 12 neu), 17 Fregatten (wovon 11 neu), 1 Panzerfregatte, 7 neuen Korvetten und 28 neuen Aviso's. — Die Laguerronnièresche Broschüre, mit deren Ausgabe der Buchhändler Dentu um 7 Uhr Abends begann, war bereits nach zwei Stunden vollständig ausverkauft. — Vizeadmiral Trehouart, seit 3 Jahren Titularmitglied des Admiralitätsrathes, ist auf neue drei Jahre in dieser Stellung bestätigt worden. — In der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers wurde vom Präsidenten der ihm vom Staatsminister übergebene Gesetzentwurf aufgelegt, wonach die ausschließlich mit Parlamentsberichten gefüllten Zeitungsbeilagen stempel- und postportofrei sein sollen. Der Deputirte Darimon schlug vor, in Anbetracht der Dringlichkeit dieser Sache nicht erst in geheimem Komité zu berathen. Der Präsident ordnete indessen unter Zustimmung der Versammlung an, daß morgen die Komitéberathung und unmittelbar darauf die Kommissionswahl stattfinden solle. — General Goyon soll neue Instruktionen erhalten haben, welche ihm abermals vorschreiben, jedem Einfall in das Erbgut Petri sich zu widersetzen. — Baron Crouseilher ist an einer Brustentzündung gestorben, die er sich durch den übergroßen Eifer, mit dem er sich in einer Büreausitzung des Senats der päpstlichen Sache gegen den Prinzen Napoleon annahm, zugezogen hatte. — August Chevalier, Deputirter, soll Hauptredakteur des „Constitutionnel" werden. — Tu-Duc, der Kaiser von Anam, hat ein neues Edikt gegen die Katholiken erlassen. Dieselben werden in Tongking und Kochinchina mit erneuerter Wuth verfolgt. Das Resultat des Krieges in China ist ohne Einfluß auf diese Gegenden geblieben. — Jul. Schulhoff hat auch in seinem zweiten Konzerte mit gleichem Erfolge wie im ersten gespielt. — Wagners Tannhäuser soll nun definitiv am 2. März zur ersten Vorstellung gelangen.

— [**Geschenke der Armee in China.**] Die dem Kaiser von der chinesischen Expeditionsarmee gesandten Gegenstände sind in den Tuilerien ausgestellt. Man bemerkt darunter: riesenhafte Vasen in Emaille von den verschiedensten Farben, eine prächtige Pagode von vergoldeter und ciselirter Bronce, sehr fein gearbeitet, verschiedene Gottheiten von Gold und Emaille. Ferner sieht man 2 Scepter, welche im Winterpalast gefunden worden sind. Dieselben sind von Gold, haben die Länge von ungefähr 40 Zentimeter und

die Form eines sehr verlängerten C. An den Enden und in der Mitte sind sie mit Nephritstücken verziert, die bei dem einen von grüner, bei dem andern von weißer Farbe sind. Obgleich diese Disposition ziemlich bizarr ist, so ist sie doch nicht ohne Eleganz, besonders was die Arbeit, die Schönheit und die Größe der Steine betrifft. Zwei ungeheure Wunderthiere von vergoldetem Kupfer verdienen die Aufmerksamkeit von Liebhabern derartiger Schmelzwerke, da sie auf einen Guß gegossen sind und jedes wenigstens 300 Kilo wiegt. Auf Gestellen befinden sich bewundernswerthe Porzellainschalen und andere Gegenstände von Nephrit.

Italien.

Turin, 17. Febr. [General v. Bonin; die Kapitulation Gaëta's.] General v. Bonin, der ein sehr liebenswürdiges Schreiben von Wilhelm I. überbracht hat, speist heute beim Könige in Mailand und wird morgen mit Sr. Majestät hier eintreffen. — Der Kapitulationsakt Gaëta's bietet ein besonderes Interesse dar. Nur sind die italienischen Soldaten sehr sorgfältig von den fremden geschieden. Nichtsdestoweniger läßt der Art. 14 alle die Soldaten, die während der Belagerung verwundet worden, in die Hospitäler für invalide Soldaten zu; Art. 10, 11, und 12 gewähren den Offizieren und Soldaten eine Vergütung und setzen die Bedingungen ihrer Zulassung in die italienische Armee fest; Art. 17 und 18 bestimmen, die Wittwen der Soldaten seien zu den gesetzlich festgestellten lebenslänglichen Pensionen zuzulassen, und erkennen die schon ausgezahlten an. Die fremden Soldaten sind nach Genua bestimmt, die italienischen Truppen werden in Erwartung der Uebergabe Messina's und Civitella del Tronto's in Castello di Baja, Nisida, Procida, Capri, Ischia, Ponzo, Piano di Bagnoli als Kriegsgefangene aufbewahrt. In der Begleitung des Königs befanden sich bei seiner Abreise der General Bosco, Prinz Santo Ruffano, die Generale Ulloa und Pasquo und der Major Winspeare, so wie die Auswärtigen: Lieutenant Charrette und Pozzo di Borgo, die Hauptleute Pfiffer und Lutrek und der General Schumacher. (K. Z.)

— [Reorganisation der neapolitanischen Armee; Personalien; Garibaldianer.] An der Reorganisirung der neapolitanischen Truppen und ihrer Einreihung in das Nationalheer wird mit Eifer gearbeitet. Mehrere Offiziere der ehemaligen bourbonischen Armee, welche bereits in das piemontesische Heer eingetreten waren, aber aus verschiedenen Vorwänden sich weigerten, den ihnen auferlegten Dienst zu leisten, wurden ohne Weiteres entlassen. Diese Strenge hat eine heilsame Wirkung gehabt. Zur Reorganisirung der neapolitanischen Artillerie und des Geniekorps nach dem Systeme der italienischen Armee wurden die Generale Pastore und Cerrutti nach Neapel gesendet. — Lamarmora ist nach Mailand zurückgegangen und wird dort den Oberbefehl seines Armeekorps wieder übernehmen. Von seiner Sendung nach Neapel ist nicht mehr die Rede. Mit dem Grafen Cavour ist auch der Unterrichtsminister Mamiani nach Mailand abgegangen. Auch Farini ist auf seiner Rückreise von Neapel in Mailand eingetroffen, wo er vom Könige empfangen wurde. — Es kommen hier viele ehemalige Garibaldianer durch, nämlich diejenigen, welche im Dienste geblieben sind und sich nun in die in Piemont ihnen angewiesenen Depots begeben. Unter denselben befindet sich eine verhältnißmäßig sehr große Anzahl von Offizieren, da Garibaldi diese Stellen übermäßig besetzte und da die meisten Soldaten vorzogen, den sechsmonatlichen Sold zu beziehen und den Abschied zu nehmen. Gegenwärtig werden im ganzen Königreich Neapel und Sicilien keine Garibaldianer mehr vorhanden sein. Da einige Blätter neulich noch von geheimnißvollen Expeditionen, die unter dem General Türr ausgeführt werden sollten, gesprochen haben, fand sich dieser General wieder veranlaßt durch ein eigenhändiges Schreiben zu erklären: er könne es nicht mehr dulden, daß sein Name auf diese Art gemißbraucht werde. (N. Z.)

— [General Klapka; Garibaldi und Mieroslawski 2c.] Der „Pr. Z." wird aus Paris geschrieben: General Klapka ist in Turin und erwartet mit Bestimmtheit eine Revolution in Ungarn. Er wünscht jedoch, im Einverständnisse mit andern ungarischen Chefs, daß der Ausbruch der Revolution noch eine Weile anstehe. — Garibaldi hat sich so wenig zur Unthätigkeit verpflichtet, daß er unter anderen folgenden Brief geschrieben hat: „Meine Eingezogenheit in Caprera ist kein Aufgeben der Sache der Nationen, der ich mein ganzes Leben geweiht habe. Da ich in den General Mieroslawski das größte Vertrauen setze, so werde ich mich mit ihm über Alles, was die braven Polen betrifft, verständigen." — In Turin betrachtete man die Erklärung des Kriegszustandes in Fiume als ein sicheres Symptom ernster Befürchtungen Oestreichs.

— [Leben in der Hauptstadt.] Der Pariser „Presse" wird von hier geschrieben: „Turin bietet im Augenblick einen ganz fremden und ungewohnten Anblick dar; die Straßen, gewöhnlich so still, sind voll Leben; täglich kommen Fremde in Masse an. Da sieht man Römer, Neapolitaner 2c., die, seiner Zeit verbannt, nun als Abgeordnete, Senatoren, Intendanten u. s. w. nach Turin kommen. Eine Armee von Arbeitern ist mit der Ausschmückung der Straßen beschäftigt. Die ganze Bevölkerung befindet sich in förmlich fieberhafter Aufregung, wozu der Fall Gaëta's und die römische Frage ihr Möglichstes beitragen. Der neue Saal besteht aus einem großen Gebäude, welches genau einen Halbkreis bildet. Die Wölbung, welche ganz von Holz und Eisen ist, ist von bemerkenswerther Kühnheit. Das Licht kommt von oben. Die Tribünen sind geräumig und gehen rings herum. Hinter dem Büreau des Präsidenten befinden sich zwei Tische von Marmor, auf dem einen liest man die Inschrift: IV. März 1848, das Datum des Erlasses des „Statuts", und auf dem andern XVIII. Febr. 1861, Tag der Eröffnung des Parlaments."

Die Ereignisse im Kirchenstaat und in Neapel.

Wie aus **Rom** vom 16. Februar gemeldet wird, sollte der Korso am Mittwoch den 20. d. M. wegen der Uebergabe Gaëta's erleuchtet werden. Das unitarische Komité hatte ferner auf Dienstag den 19. d. M. eine Illumination zur Feier der Eröffnung des italienischen Parlaments angesagt. — Ein Brief aus **Rom** versichert der „Patrie", der König von Neapel werde sich zunächst nach der Insel Leon bei Cadix begeben, wo er von seinem Vater eine Besitzung ererbt hat, und erst im Frühjahr nach Bayern zu der Familie der Königin reisen. Die „Patrie" giebt jedoch diese Nachricht unter allem Vorbehalt.

Aus dem Operations-Tagebuche der italienischen Flotte, das jedoch nur erst vom 22. Januar bis 5. Februar veröffentlicht wurde, erhellt, daß die Thätigkeit Persano's durchaus nicht so unerheblich war, wie man von bourbonischer Seite behauptet hat. Namentlich that die Schraubenfregatte „Garibaldi", Kapitän d'Amico, sich sehr hervor. Auch der Kapitän der „Maria Adelaide", Baron Acton, der gleich d'Amico früher in neapolitanischen Diensten stand, zeichnete sich durch Kühnheit aus. Cialdini sprach in Betreff der ehemaligen neapolitanischen Genieoffiziere seine lebhafte Anerkennung aus; besonders durch Muth und technische Kenntnisse zeichneten sich aus: Somma, Sohn des Fürsten von Colle, ferner von Rengis, Pierantoni und Forte. Schon unterm 28. Januar heißt es in diesem Tagebuche: „Es vergeht kein Tag, in welchem nicht 15, 20, ja, 30 bourbonische Soldaten aus der Festung desertiren, obgleich ihnen Flintenkugeln nachgeschickt werden; sie bezeugen die unverkennbare und fortschreitende Entmuthigung der Besatzung." Aus diesem Tagebuche erhellt ferner, daß am 27. Januar der Kaiser Napoleon Franz II. in einem eigenhändigen Schreiben aufforderte, nunmehr dem nutzlos gewordenen Blutvergießen ein Ende zu machen; falls Franz II. dem Rathe des Kaisers folgen wolle, stehe ihm die „Mouette" zur Verfügung, damit er auch nicht einen Augenblick in Gefangenschaft gerathe. Der französische Ueberbringer dieses Schreibens hatte ausdrücklich den Auftrag, diesen Brief erst Cialdini lesen zu lassen, bevor er denselben in die Festung bringe. Der Eindruck der Explosion am 5. Febr. wird folgendermaßen geschildert: „Welch gräßlicher Anblick! Der Donner der Explosion war der Art, daß wir glaubten, hart uns zur Seite auf dem Schiffe selbst sei eine Bombe geplatzt. Die halbe Stadt Gaëta war im Nu in Staub gehüllt; eine Riesenflamme stieg in die Lüfte, während Tausende von Splittern und Trümmern weit umher flogen."

Die in Gaëta kriegsgefangenen fremden Truppen werden in kleinen Abtheilungen nach Genua gebracht und dort gegen das Versprechen, nicht mehr gegen Italien dienen zu wollen, in Freiheit gesetzt.

Die „Patrie" vom 18. Febr. schreibt: „Die Privatdepeschen aus Turin melden, daß die Einnahme von Gaëta eine große Freude im Königreich Neapel hervorgerufen habe. Unsere Privatnachrichten bestätigen diese Aussage nicht. Die Unruhen in Neapel dauern noch immer fort, und die öffentliche Meinung des größten Theils der Einwohner der Stadt ist weit davon entfernt, der Annexion günstig zu sein. Das Land will seine Autonomie behalten, und wenn der in Turin in Frage stehende Plan, welcher darin besteht, Italien in Departements zu theilen, zur Ausführung kommt, so kann man sich auf neue Kämpfe in dem Königreich beider Sicilien gefaßt machen."

Aus **Neapel**, 17. Febr. wird telegraphirt: Von Calabrien wurde ein Schiff mit Waffen und bourbonischen Soldaten an Bord avisirt, das in die Gewässer von Taranto fuhr.

Nach Berichten aus **Neapel** vom 17. Februar, die am 18. Abends in Marseille eintrafen, hatte aus Anlaß der Uebergabe Gaëta's eine Kundgebung gegen den Erzbischof und gegen das spanische Gesandtschaftshotel stattgefunden. Herr Nigra hat Genugthuung und Bestrafung versprochen. Dieselbe Depesche meldet: „Die Piemontesen haben in Gaëta mehrere hundert Typhuskranke gefunden."

In **Neapel** wurde während der Festlichkeiten wegen Gaëta's Falles vom Volke fortwährend gerufen: „Es lebe Garibaldi!" als wenn es für jeden Waffenerfolg nur die Eine Bezeichnung: „Garibaldi" gäbe. Herr von Gasparis in Neapel hat in diesen Tagen einen neuen Asteroiden entdeckt, der den Namen Garibaldi führen soll.

Aus **Turin**, vom 20. Februar, wird telegraphisch gemeldet: Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus **Neapel** sind Admiral Persano und General Cialdini mit Truppen nach Messina gegangen. Mezzacapo ist nach Civitella del Tronto dirigirt und wird, falls dessen Uebergabe verweigert werden sollte, zum Angriff schreiten.

Spanien.

Madrid, 16. Febr. [Kleine Notizen.] Die „Presse" beschäftigt sich viel mit ministeriellen Modifikationen. Die ministeriellen Blätter glauben an die Möglichkeit, daß Herr Zabala zurücktritt. — General Odonnell, der unwohl war, wohnt den Ministersitzungen noch nicht wieder bei. — Die ministerielle Majorität betrug gestern im Kongreß 102 Stimmen.

Madrid, 17. Febr. [Kleine Notizen.] Heute hat ein Ministerrath stattgefunden. Man weiß nichts Bestimmtes in Betreff einer ministeriellen Krisis. — Ueber Cadix vernimmt man, daß Herr Pacheco, der Vertreter Spaniens in Mexiko, seine Pässe erhalten hat. Das Geschwader von Havanna hat seine Richtung nach Verakruz genommen. Herr Pacheco sollte sich nach Havanna begeben. — Unter den Konstitutionellen machen sich Spaltungen bemerkbar.

Rußland und Polen.

⊕ Aus dem Königreich Polen, 20. Februar. [Eine Bauernpetition an den Kaiser.] Wir erhielten Abschrift einer Petition an den Kaiser, die von den Aeltesten (Starosten) mehrerer Gemeinden aus dem Bezirk Minsk, Littauen, eingegangen ist, und theilen hier einen Auszug mit, weil daraus hervorgeht, wie diesseitige Agitatoren und Agenten des Politikers an der Seine in den russischen Provinzen thätig sind, die Bauern zu bearbeiten und für eine Erhebung zu stimmen, wie aber diese Bemühungen meist an der Anhänglichkeit der Bauern an die russische Regierung und an dem gesunden Sinne dieser Leute scheitern. Es heißt in der Petition: „Man giebt sich seit längerer Zeit Mühe, uns zu bereden, daß wir von unserem Kaiser uns trennen und für die Einverleibung in das neue polnische Reich, das in Kurzem durch den Kaiser der Franzosen errichtet und von ihm beschützt werden soll, erklären sollen; man spiegelt uns vor, daß die Polen die Provinzen Littauen, Wolhynien und Podolien von unserm gnädigen Kaiser kaufen und daß die von uns, welche schon vorher für die Einverleibung sich erklären und den Polen angehören wollen, eine Entschädigung an Land und Geld erhalten werden, die von denen genommen werden wird, die sich nicht gutwillig und vorher mit dem neuen Reiche vereinigen wollen. Wir mögen weder Polen noch Franzosen werden, weil die ersteren zur Zeit, als Unglück auf Rußland lastete, unser Land erobert und unsere Väter wie schlechte Knechte behandelt und gedrückt haben, und weil letztere weder an Gott, noch an eine heilige Kirche glauben. Wir wollen bei unserm Kaiser bleiben; den hat uns Gott zum rechten Vater gegeben, wir sind von seinem Blute, seiner Sprache und seiner Kirche; wir gehören ihm als Kinder, und wer das Kind vom Vater zu trennen gedenkt, ist ein Heide und führt nur Böses im Sinn. Willst Du denn, lieber Vater, uns wirklich verkaufen und warum? Brauchst Du Geld, so sage uns aufrichtig, wie viel Du brauchst, und Deine Kinder sind nicht so arm, um Dir nicht geben zu können und gern geben zu wollen, was ja ohnehin Dein ist! Brauchst Du Soldaten, und unsere Söhne reichen nicht zu, so sind noch Männer genug da, die gern kommen, wenn Du sie rufst. Komm nur und fordere, und Du wirst Deine Kinder erst kennen lernen, wenn Du Dich offen ihnen zeigst, denn Deine Diener sind nicht alle so gut, wie Du, und sie lieben uns nicht so, wie Du uns lieben mußt, da Dich ja Gott zu unserm Vater auf Erden gesetzt und Dir das Land und uns zum Eigenthum gegeben hat. Du darfst uns also nicht verkaufen an Fremdlinge, die nur unsere Aecker und unser Vieh wollen, um es zu vergeuden in fremden Weinen und fremdem Gewürz, und uns zu Sklaven zu machen. Kinder der Mutter Kiew werden für ihre Mutter sterben, aber sich nicht feig und ruhig von ihr trennen lassen. Das magst Du, gnädiger Vater, bedenken; und mögen die sich ins Gehirn schreiben, die es wagen wollen, uns durch List oder Gewalt loszureißen von unserm Vater, von unserer Mutter" 2c. (Folgen die Unterschriften von 85 Gemeinde-Aeltesten.)

Dänemark.

Kopenhagen, 17. Febr. [Differenzen im Kabinet wegen der holsteinschen Frage.] Wir haben bereits von dem Plane einiger Minister gesprochen, neue Unterhandlungen mit der holsteinschen Ständeversammlung anzuknüpfen, um dadurch die intendirte Bundesexekution zu beseitigen. In der letzten Staatsrathssitzung ward dieser Gegenstand verhandelt, aber nicht erledigt, weil die Minister Hall und Monrad sich durchaus nicht einigen konnten. Letzterer trat als Anwalt des genannten Planes, also des Gesammtstaates, auf, während Hall für die Aussonderung Holsteins in die Schranken trat. Die Verhandlung soll sehr lebhaft gewesen sein. Begreiflicherweise spricht man unter solchen Umständen von einer Auflösung des Ministeriums, ja man nennt sogar als Denjenigen, der das neue Kabinet bilden soll, den General Thestrup, dessen ziemlich prinziplose Verwaltung von Seiten des Konseilspräsidenten in den Ministerkonferenzen scharf gerügt sein soll. Sollte General Thestrup den Auftrag bekommen, von dem hier die Rede ist, unterliegt es keinem Zweifel, daß Baron Blixen-Finecke der Hauptträger der neuen Politik werden dürfte, die damit gänzlich den Wechselfällen des Augenblicks preisgegeben wäre. Die Blixensche Politik kann eben so gut eine versöhnliche wie eine kriegerische werden. (H. N.)

Türkei.

Konstantinopel, 9. Februar. [Militärische Maaßregeln.] Wie bekannt, werden die geheimen Sitzungen über wichtige Angelegenheiten in den Appartements der hohen Pforte abgehalten. Letztere Woche haben zwei Sitzungen ausnahmsweise im Seraskeriat (Kriegsministerium) stattgefunden, was Stoff zu mannichfaltigen Muthmaßungen gegeben. Wir glauben folgende bei dieser Gelegenheit gefaßte Beschlüsse aus sicherer Quelle angeben zu können. Erstens hat die Pforte es für gut gefunden, im Angesichte der jetzigen europäischen Verhältnisse 20,000 Mann Redifs einzurufen, um das in Rumelien überwinternde Armeekorps zu vermehren, so daß man im Frühjahre ein tüchtiges Observationskorps von 60,000 Mann sowohl an der griechischen Grenze, als auch in Bosnien aufstellen könne. Von Befehligung dieser Truppen (trotzdem schon mehrfach von deutschen Blättern irrigerweise Omer Pascha als Kommandant bezeichnet wurde) ist noch nichts gesprochen worden. Der zweite nicht minder wichtige Gegenstand der Berathung war die Verwendung der christlichen Unterthanen zum Soldatendienst. Diese Frage, schon längere Zeit von den hiesigen auswärtigen Gesandtschaften eifrigst betrieben, soll nun derartig gelöst werden, daß man jedem Regiment ein Bataillon Christen beigeben wird, von welchem bis zum Major sämmtliche Offiziere nur Christen sein werden. Bei den höheren oder Stabsoffizieren soll kein Religionsunterschied abwalten. Der dritte Punkt war der schon lange entworfene Plan eines Gendarmeriekorps; doch wird dieses auch jetzt noch schwerlich eine Wirklichkeit werden, da die Geldmittel für dringendere Zwecke nicht ausreichen. Daß den getroffenen Anordnungen gemäß hier alles schon kriegerisch gestimmt ist und von einem gewittervollen Frühling spricht, braucht kaum erwähnt zu werden. General Kolman (Feizi Pascha) hat den Auftrag erhalten, die russisch-türkischen Grenzen Kleinasiens zu besuchen, um an mehreren Stellen die nöthigen militärischen Wachhäuser bauen zu lassen. (Presse.)

Von der montenegrinischen Grenze, 2. Febr. [Der Zusammenstoß zwischen den Türken und Serben.] In Bezug auf die letzte Affäre wird dem „Pozor" Folgendes berichtet: Donnerstag, am 30. v. M. haben die Zupljani, Rudinjani, Luckovci und Banjani mit den Türken von Niksic einen Kampf gehabt, bei welcher Gelegenheit die Türken tüchtige Schläge bekamen, und sich hierauf in die Festung Niksic unter den Schutz der Basteien zurückzogen. Die Türken von Niksic ließen 33 Todte zurück, verloren 3000 Schafe, 150 Pferde und eine bedeutende Anzahl Rinder, welche ihnen als Beute weggenommen worden sind. Die Zahl der übrigen todten und verwundeten Türken ist nicht bekannt. Von den serbischen Ausreißern (uskok) sind zwei todt, die übrigen verwundet am Platze geblieben. Gegenwärtig befinden sich die Türken im Belagerungszustande, denn die Uskoken haben die Festung von allen Seiten eingeschlossen, und gestatten es Niemand, den Kopf aus der Festung herauszustecken. Von Montenegrinern war keiner bei dieser Affäre betheiligt. Es ist noch nicht mit Gewißheit bekannt, was den Anlaß zu diesem blutigen Zusammenstoße gegeben; denn es bestehen zwischen den Einwohnern der Festung Niksic und den Serben der Umgebung noch tausend unerledigte Streitfälle, weshalb es schwer hält, die wahre und eigentliche Ursache anzugeben; doch glaubt man, daß die Affäre eine Folge jenes Raubanfalles ist, den die Türken von Niksic im verflossenen Jahre an den Bewohnern von Drobnjak durch Wegnahme von 1000 Schafen begangen hatten. Es wurden zur friedlichen Beilegung dieses Streites schon mehrmals Schiedsrichter (kmetovi) aufgestellt, allein stets fruchtlos.

Beyrut. — [Die Maaßregeln Fuad Pascha's.] Das französische Blatt „Le Monde" bringt eine Korrespondenz von hier, welche Folgendes sagt: „Fuad Pascha ist von Moktara zurückgekommen, wo er den Vorsitz in dem Prozesse gegen die 2—3000 Drusen geführt hat, welche er auf die Forderung der europäischen Mächte hatte festnehmen lassen. Man hat diese Gelegenheit benutzt, um alle Vermögenden unter den Angeschuldigten zahlen zu lassen. Auf diese Weise kamen die Meisten durch. Man hat nur 200 elende Banditen ohne Familie zurückgehalten. Von diesen hat Fuad Pascha die ältesten mitgenommen, um sie in Beyrut hängen zu lassen; die Anderen werden der Armee einverleibt. Vor seiner Abreise hat Fuad Pascha 400 Decken unter die Drusen vertheilen lassen. Er hat ihnen Korn, Oel und verschiedene andere Dinge gegeben, deren sie bedürftig sein konnten, und sagte ihnen, daß, da die europäischen Mächte den Christen Almosen zusendeten, er seinerseits den Drusen zu Hülfe kommen wolle. Er hat sie aufgefordert, Verzeichnisse aller Gegenstände, deren sie von den Christen und der französischen Armee beraubt worden seien, ihm einzusenden, damit sie eine Entschädigung erhielten. Man hatte alle den Christen von den Drusen geraubten Gegenstände nach Moktara zusam-

mengebracht. Die Christen hatten geglaubt, man habe dies nur deshalb gethan, um sie ihnen zurückzugeben und verlangten sie zum Theil zurück, aber vergeblich. Um alle lokalen Reklamationen kurz abzuschneiden, nahm Fuad Pascha 30 mit den kostbarsten Gegenständen beladene Maulthiere mit. Die allgemeine Entwaffnung wird in Bezug auf die Christen mit großer Sorgfalt ausgeführt; allein die Waffen, welche man ihnen nimmt, giebt man den Drusen. Ohne sich zu entmuthigen, verfolgt Fuad Pascha seine Vizekönigthumspläne. Er läßt jetzt Petitionen in Umlauf setzen, worin gebeten wird, ihm die Geschicke Syriens anzuvertrauen. Inzwischen sterben die Christen vor Kälte und Elend. Die Bevölkerung in den mit tiefem Schnee bedeckten Gebirgen ist ohne Obdach und dem härtesten Mangel preisgegeben. In Beyrut richten die Blattern große Verheerungen an.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 7. Febr. [Union der Fürstenthümer; französische Zeitschrift; das Niederlassungsrecht der Fremden.] In vertraulichen Kreisen erzählt man sich hier, daß in der Nacht vom 6. auf den 7. Februar die telegraphische Depesche aus Konstantinopel hierher gekommen sei, dem Fürsten Cousa sei gestattet worden, die Union der beiden Fürstenthümer Walachei und Moldau, welche bisher nur eine Personalunion war (eben in der gleichen fürstlichen Person), für die Dauer seiner Lebenszeit in eine Realunion zu gestalten, somit also ein Ministerium für beide Länder zu schaffen 2c. Der Fürst soll sich jedoch bemühen, die Anerkennung dieses Prinzips für allezeit zu erlangen, und darum würden diese Mittheilungen zur Zeit noch geheim gehalten. — Seit Anfang dieses Jahres erscheint hier eine französische Zeitschrift unter dem Titel: La voix de la Roumanie. Der Redakteur derselben ist Ulysse de Marsillac, Professor der französischen Sprache und Literatur am hiesigen Nationalkollegium. — Wir lesen in Nr. 17 der „Kronstädter Zeitung" als Originalkorrespondenz von hier, daß in der hiesigen Kammer nach langer heftiger Debatte betreffs der Niederlassung und Rechte der Fremden mit einer Majorität von 30 gegen 27 Stimmen der Beschluß gefaßt sei, den Fremden den Erwerb von Grundbesitz aller Art ohne Naturalisation zu gestatten. Daß jene Abstimmung geschah, ist wahr; nur folgt daraus nicht, daß nunmehr jener Kammerbeschluß Gesetz werde. Die ganze Abstimmung war vorläufig nichts, als ein Votum, auf Grund dessen die Zentralkommission vielleicht den Entwurf eines Gesetzes über das Grundbesitzrecht der Fremden oder auch eines besonderen Kolonisationsgesetzes in Angriff nimmt. Ob es aber geschieht, ob die Kammer, im Fall einer derartigen Gesetzvorlage, deren Form dann annimmt, ob die Regierung ihre Genehmigung dazu geben wird, ist abzuwarten. Wir können uns bei dem hier allgemein bekannten unbeschreiblichen Elende der im August 1860 aus Thüringen in die Walachei eingewanderten deutschen Landleute nicht genug wundern über den Leichtsinn des Verfassers einer solchen Korrespondenz, und es liegt daher die Vermuthung sehr nahe, daß er mit den Spekulanten einverstanden sei. Doch die Zeit ist gekommen, wo die Gerichte das Treiben derselben in Untersuchung genommen haben. Bisher besitzt Keiner der Bauern, die im August vorigen Jahres hierher kamen, einen Fuß breit Erde wirklich legal. Der größte Theil dieser unglücklichen Familien lebt jetzt hier in der Stadt, die noch Gesunden und Kräftigen spalten Holz. Von 72 Seelen sind 16 bereits gestorben und viele Andere liegen auf dem Krankenbette, ja sehnen sich nach Erlösung durch den Tod. (Pr. Z.)

Amerika.

Newyork, 1. Februar. [Das Ausscheiden Nord-Karolina's; Süd-Karolina's Ultimatum; General Scott; Zollverhältnisse in Süd-Karolina.] Die Nachricht, daß auch Nord-Karolina für den Fall, daß kein Vergleich zu Stande käme, aus der Union scheiden wolle, kommt überraschend, da dieser Staat immer als besonders bundesfreundlich galt und wenigstens früher die überspannten Forderungen Süd-Karolina's nicht theilte, wenngleich in der Bevölkerung ein großer Theil darauf bestehen wollte, daß dem Süden bezüglich der Sklavenfrage gewisse Zugeständnisse gemacht werden sollen. Vielleicht soll der gefaßte Beschluß, der die Drohung des Ausscheidens enthält, ein Gewicht in die Wagschale sein, um den Norden zu Eingehung gemäßigter Bedingungen zu bewegen. Die Legislatur von Nord-Karolina hat schon anerkannt, daß der von ihr gefaßte Beschluß dem Volke als oberster Instanz im Staate zur Ratifikation vorgelegt werden müsse, wodurch auch noch Zeit gewonnen würde. Auch die Legislatur von Virginien, dessen Konvent zum 18. Februar einberufen ist, hat die Volksabstimmung vorbehalten; ebenso Tennessee. — Was die telegraphisch gemeldete Verwerfung des Ultimatums von Süd-Karolina anlangt, so ist dies keine Neuigkeit; auch hat Buchanan die Abgeordneten von Süd-Karolina, welche die sofortige Uebergabe des Forts Sumter verlangten, nicht als offiziell anerkannt, sie nur als achtbare Männer aus Süd-Karolina behandelt und ihr Ansinnen abgewiesen. Ein Schreiben, welches sie mitbrachten, wurde ihnen uneröffnet zurückgegeben. Seitdem, also schon seit dem Dezember, ist gegen das Fort nichts unternommen, auch von Süd-Karolina keine offenbare Feindseligkeit verübt worden, als der bekannte Kanonenschuß auf den „Star". — Der jetzige Kriegsminister, frühere Generalpostmeister Holt, hat sogleich den rechten Mann zu Hülfe gerufen, den General Scott, welcher, wenn es zur Vollstreckung der bereits angedrohten Bundesexekution gegen Süd-Karolina kommen sollte, solche gewiß mit Energie durchzuführen wissen würde. Inzwischen wird aber schon berichtet, daß Buchanan mit Scott gebrochen hat. Die Ursache soll gewesen sein, daß Buchanan geneigt sei, dem Antrage Virginiens nachzugeben und die Bundestruppen aus Washington zu entfernen, während Scott sie verstärken will, weil feindliche Demonstrationen gegen die Hauptstadt gefürchtet werden. General Scott verhandelt jetzt wegen dieser Angelegenheit und wegen landesverrätherischer Absichten der abgetretenen Minister mit dem Ausschusse der Repräsentantschaft; er will auch ein gegen sein eigenes Leben gerichtetes Komplott entdeckt haben. — Die diplomatischen Repräsentanten von Großbritannien, Bremen und Spanien haben sich, der „H. B. H." zufolge, Jeder für sich an das Staatssekretariat gewendet, um Auskunft über die Lage der Dinge in Süd-Karolina mit Bezug auf die Zollerhebung und die Jurisdiktion der Federalgerichtshöfe, sowie das Verhalten der Regierung in gewissen Fällen zu erlangen. Herr Black ist in seiner Erwiderung sehr vorsichtig gewesen. Er hat sich darauf beschränkt, die gesetzlichen Bestimmungen über die gerichtliche Kompetenz der Federalregierung in Zollangelegenheiten anzuführen und weigert sich, eine bestimmte Antwort in Betreff eventueller Fälle, welche an die Federalgerichte zur Beurtheilung gelangen könnten, abzugeben, mit dem Bemerken, daß jeder einzelne Fall vermuthlich seine besonderen Gesichtspunkte haben werde und es nicht nöthig sei, im Voraus darüber etwas zu bestimmen. Was die Aenderung in den Lokalverhältnissen betrifft, welche durch den Beschluß von Süd-Karolina, die Leuchtfeuer und Bojen zu entfernen, und andere Maaßregeln der Art entstanden ist, so wird eine öffentliche Bekanntmachung des Schatzsekretariats darüber in Aussicht gestellt.

Rio Janeiro, 7. Jan. [Wahlen; Geldnoth.] Nach Privatmittheilungen der „B. Z." hat die Regierung die Wahlen in der Hauptstadt verloren und ein Gleiches wird mit Bestimmtheit in fast allen Provinzen stattfinden. Große Gewaltthätigkeiten sind in den meisten Provinzen bei den Vorwahlen vorgefallen und es sind dabei im Ganzen kaum weniger als 40 Menschen geopfert worden, und was das Abscheulichste dabei ist, ist, daß diese Mord- und Raufscenen meistens in den Kirchen stattfanden, weil dort die Wahlabstimmungen abgehalten werden. — Bei der allgemeinen Geldnoth denkt man auch nicht mehr an das Kolonisiren, außer der aus dem Innern nach der Küste geflüchteten Landeskinder, auch fahren die bittern Klagen der Parceria-Arbeiter fort und besonders über die Intoleranz und den Mangel alles Gottesdienstes unter den Protestanten.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

— Zu dem Bericht über die Gesetzvorlage, betreffend die Abänderung und Ergänzung der Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen der Monarchie vom 30. Mai 1853 haben die Herren Dr. v. Zander und Hasselbach vorgeschlagen den §. 50 der Städteordnung folgendermaßen zu fassen: §. 50. Die Genehmigung der Regierung ist erforderlich: 1) zur Veräußerung oder wesentlichen Veränderung von Sachen, welche einen besonderen wissenschaftlichen, historischen oder Kunstwerth haben, namentlich von Archiven; 2) zu Anleihen, durch welche die Gemeinde mit einem Schuldenbestand belastet oder der bereits vorhandene vergrößert wird, und 3) zu Veränderungen in der Benutzung des Bürgervermögens oder in den Nutzungen der Stadtbewohner aus dem Kämmereivermögen (Wald, Weide, Haide, Torfstich und dergl.)

Berlin, 21. Februar. Wir geben hier den versprochenen ausführlicheren Bericht über die 7. Sitzung des Herrenhauses vom 20. d. M. Die Sitzung wurde vom Vizepräsidenten Grafen Eberhard zu Stolberg-Wernigerode um 12¼ Uhr eröffnet. Am Ministertische befinden sich die Herren: Graf Schwerin, Graf Pückler und v. Bernuth. Auf der Tagesordnung steht der Bericht, betreffend die Abänderung und Ergänzung der Städteordnung in den sechs östlichen Provinzen. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung und nach einigen geschäftlichen Mittheilungen legt der Minister der landwirtschaftlichen Angelegenheiten, Graf Pückler einen Gesetzentwurf vor, betreffend die Pensionsverhältnisse der Kommunal-Forstbeamten der Rheinprovinz. Der Entwurf wird einer besonders zu bildenden Kommission von 15 Mitgliedern überwiesen. Zur Tagesordnung übergehend, rekapitulirt Herr Hasselbach als Berichterstatter, in Stellvertretung des erkrankten Herrn Groddeck, das wesentliche des Berichts (s. Nr. 42) und begrüßt die Vorlage als einen Anfang, die Städteordnung einer Gestaltung zuzuführen, die mehr als die bestehende die Bedürfnisse der Städte befriedige. — Zur Generaldiskussinn nimmt das Wort Herr Krausnick: Er erklärt sich für den Gesetzentwurf, kann aber nicht zugeben, daß er weit genug gehe. In Betreff der gegenseitigen Stellung der beiden städtischen Behörden sei zu behaupten, daß das vorhandene Gesetz, vorsichtig angewendet, wohl sehr selten Veranlassung zu Differenzen gegeben hat. Die Vorlage wolle die Möglichkeit solcher Differenzen noch vermindern und das sei nur anzuerkennen, obwohl das Bedürfniß dazu, wenigstens für die Hauptstadt, sich nicht als dringend herausgestellt habe, was vielleicht von anderen Städten nicht zu sagen sei. Man müsse als zweckmäßig anerkennen, daß die Stadtverordneten ihre inneren Angelegenheiten selbst regeln sollen. Der Redner hält es nicht nur für gut, daß die Städteordnung den Vorsitzenden des Magistrats zu überwiegend als Organ der Regierung anerkennt; es schade das seiner Autorität und Wirksamkeit. In Bezug auf das Wahlgeschäft sei es mindestens wünschenswerth, die drei Klassen gleichzeitig wählen zu lassen, obwohl es sich noch mehr empfehle, die Dreiklassenwahl aufzuheben. Der Einfluß der durch Besitz und Intelligenz hervortretenden Bürger werde in gemeinsamer Wahl jedenfalls sich wirksamer erweisen. Er habe bezüglich der Wahl einen Verbesserungsantrag einbringen wollen, habe jedoch, nachdem er von den Erfahrungen mehrerer Vorsitzender anderer Magistrate Kenntniß genommen, diesen Vorsatz aufgegeben. — Herr Richtsteig erkennt das Bedürfniß der Vorlage an und will für dieselbe stimmen, obwohl er sich zu noch manchem Wunsche für Verbesserung der Städteordnung für berechtigt hält. Ein Vergleich mit der Städteordnung von 1808 und selbst mit der revidirten von 1831 bezeuge dies. Ohne aber der Regierung einen Vorwurf über die enge Grenze der Vorlage machen zu wollen, halte er sich doch verpflichtet, seine Ueberzeugung hier auszusprechen, in der Hoffnung, daß der von der Regierung gethane Schritt noch andere Reformen zur Folge haben werde. Er glaubt mit der Hoffnung sich schmeicheln zu können, daß mit einer nicht fernen Aenderung des Wahlgesetzes für das Abgeordnetenhaus auch die Wahl für die Stadtverordneten sich umgestalten werde. Der Redner führt dann noch Beispiele von Unzuträglichkeiten an, die nothwendig aus dem bestehenden Wahlverfahren sich ergeben, nach welchem es nicht selten sei, aus der Wahl zweier Personen ein Mitglied einer Stadtbehörde hervorgehen zu sehen, das doch ein Ausdruck des allgemeinen Vertrauens sein soll. Besonders einverstanden erklärt der Redner sich mit den Vorschlägen, welche zu einer Erleichterung der Selbstverwaltung der Gemeinden führen sollen, in welcher Beziehung freilich noch Manches zu wünschen übrig bleibe. Möge man nur nicht nach einzelnen Vorkommenheiten zu leicht sich zu allgemeinen Maaßregeln verleiten lassen. Schließlich sieht der Redner sich veranlaßt, gegen Uebernahme der Polizeianwaltschaft durch die Bürgermeister sich zu entscheiden, da es allgemein feststehe, daß diese Amtsvereinigung die Stellung der Bürgermeister in der Kommune vielfach erschwere und benachtheilige. — Herr v. Meding will gern zugeben, daß ein gewisser Umfang Selbständigkeit der Gemeindeverwaltung wünschenswerth und zulässig sei; erinnere man sich aber der Vorkommnisse in den Gemeindevertretungen vor noch nicht langer Zeit, so müsse das doch zur Vorsicht mahnen, und man könne doch nicht verkennen, daß grade die Städteordnung von 1853 es gewesen, welche befriedigendere Zustände in den Kommunen herbeigeführt habe. Auch bestehe dieses Gesetz erst 8 Jahre und die in dieser Zeit gemachten Erfahrungen dürften wohl nicht als zureichend zu erkennen sein, mit noch weitergreifenden Aenderungen der Städteordnung vorzugehen, als die Regierungsvorlage sie biete. Von vorzunehmenden Abänderungen müsse die Erfahrung es wenigstens als sicher herausstellen, daß die Abänderung nur Gutes zur Folge haben werde. (v. Senfft-Pilsach: Bravo.) — Herr v. Senfft-Pilsach stimmt dem Vorredner durchaus bei und betont namentlich die zu kurze Dauer der Städteordnung, um jetzt schon überhaupt, besonders aber wesentliche Veränderungen als Bedürfniß anerkennen zu können. Er warnt, die Menge der Gesetze, Verordnungen, Deklarationen u. dergl. nicht ohne dringende Noth zu vermehren und will in den Aeußerungen des Herrn Krausnick die Bestätigung für ein mangelndes Bedürfniß der Vorlage erkennen. — Graf Itzenplitz: Die Gemeindeordnungen von 1853 seien jedenfalls ein Fortschritt gegen dieselben Ordnungen von 1850 gewesen, und es sei daher zu warnen, sich vor Bahnen zur Gleichmacherei zu hüten, welche dem Grabe der Freiheit zuführen. Die Vorlage biete entschieden einzelne Verbesserungen, denen daher zugestimmt werden könne; anderen gegenüber habe die Kommission die Zustimmung versagt. — Der Minister des Innern: Die Regierung erkennt im Ganzen das Gesetz von 1853 als eine Verbesserung an und auch, daß seine Wirkung eine gute gewesen sei; das schließe aber nicht weitere Verbesserungen aus. Den Vorschlägen, welche die Kommission zur Vorlage gebracht, könne die Regierung sich unbedenklich anschließen, aber zu weitergehenden Abänderungen den gegenwärtigen Augenblick nicht für geeignet erachten. Jetzt schon mit einer Aenderung des Wahlgesetzes vorzugehen, dazu bedürfe es der Ueberzeugung, etwas Besseres liefern zu können. Es sei wohl nicht anzunehmen, daß den nach dem Wahlgesetz von 1853 gewählten Stadtverordneten es an Tüchtigkeit mangele und die Freiheit ihrer Wirksamkeit behindert sei. — Herr Krausnick bemerkt thatsächlich, daß er über die Tüchtigkeit der gegenwärtigen Stadtverordneten sich nicht geäußert. — Herr Hasselbach giebt zu, daß an dem bestehenden Wahlgesetz Manches auszusetzen sei, aber es werde so lange gut sein, bis etwas positiv Besseres geboten werde. Befriedigten aber die gegenwärtigen Stadtverordneten, wie es nicht zu bestreiten sei, nun, dann könne auch das Wahlgesetz nicht so mangelhaft sein. Nach der Städteordnung von 1808 hätten nur Grundbesitzer und Gewerbetreibende gewählt, die Intelligenz sei also früher weniger berechtigt gewesen, als jetzt.

Es folgt die Spezialdiskussion und zwar zunächst über §. 11, betreffend die Berechtigung der städtischen Behörden zu statutarischen Anordnungen über gewerbliche Genossenschaften und städtische Vertretungen. Herr v. Kleist-Retzow glaubt, daß dieser Paragraph nach der Vorlage noch hinter die Gemeindeordnung von 1850 zurückgehe, d. h. daß er die selbständige Wirksamkeit der Genossenschaften, Vertretungen u. s. w. beschränke und zwar bis zu einem Grade, der an Willkür streife. Man erkenne Schwierigkeiten in den Selbstverwaltungen, die nicht vorlägen, die aber, wenn sie vorlägen, leicht zu heben seien. Der Redner geht dann auf das Wahlrecht ein, welches einerseits ein allgemeines sei und dann, nicht empfehlenswerth, durch Steuerzahlung wieder ungleich gemacht werde. Die Förderung korporativen Sinnes würde jedenfalls bessere Mittel zu befriedigendem Wahlgesetze bieten. Habe der Einzelne nicht den Muth zu öffentlicher Stimmgebung, so werde er ihn in der Genossenschaft, in der Korporation besitzen. Im vorigen Jahre hätten die Gewerbetreibenden den Beweis geführt, wie richtig sie das, was ihnen nöthig, erkennen. Es werde durch jüdisches Kapital dem Gewerbetreibenden seine Erhaltung erschwert und jetzt solle durch die vorliegende Novelle dieser Uebelstand unterstützt werden. Man wolle die Magistrate gegen Ueberschreitungen der Stadtverordneten sichern und beseitige immer mehr die Sicherheit der Genossenschaft, der Korporationen. — Graf Itzenplitz hält dafür, nach dem Vorredner sich kurz fassen zu können. Der Beruf zur Gesetzgebung sei jetzt schwach, noch schwächer aber die Fähigkeit zur Schaffung selbstgewählter organischer Gemeinschaften. Der Redner führt Städte an (Lenzen und Suhl), in welchen ein Streben nach Wahlen aus korporativen Elementen sich sehr lebhaft herausgestellt habe, und da er in der Vorlage nur eine bedenkliche Schwächung dieser Elemente erkennen könne, so befände er sich in der Lage, die Vorlage abzulehnen. — Der Reg. Kommiss. v. Kehler hebt hervor, daß von den im §. 11 den Stadtbehörden zustehenden Befugnissen viele Städte gar keinen Gebrauch gemacht haben, und da es die Regierung für nöthig erachte, das Streben der Gemeinden nach Autonomie, so weit es zulässig, zu unterstützen, so habe sie in diesem Sinne den §. 11 der Vorlage aufgestellt. Das Bedürfniß nach weiteren korporativen Gestaltungen sei zwar im Hause berührt, aber doch nur durch Erinnerung an die Beschlüsse des Handwerkertages. Das mangelnde Bedürfniß für den §. 11 der Städteordnung und sein Widerspruch mit anderen gesetzlichen Bestimmungen lasse also wünschen, daß das hohe Haus den Paragraph nach der Vorlage annehme. — Herr v. Meding rügt es, daß man in der Gesetzgebung sich viel zu sehr beeile, ohne vorher mit der längeren Zeitdauer auch gründlichere Erfahrungen gemacht zu haben. — Der Minister des Innern räumt gern ein, daß die Genossenschaften in ihren gewerblichen Verhältnissen für sich sorgen, aber diese Genossenschaften als solche in der städtischen Verwaltung zur Geltung zu bringen, sei eine Tendenz, die nicht gebilligt werden könne. Der Regierung Tendenzen zu unterschieben, wenn sie eine gesetzliche Bestimmung mit anderen in Einklang bringe und damit allgemein erkannte Uebelstände beseitige, diesen Vorwurf werde sie mit gutem Gewissen tragen können. — Dr. Götze erkennt es als erste Nothwendigkeit, zu fragen, ob das bisher bestehende Gesetz zu so erheblichen Uebelständen geführt habe, daß dadurch seine Abänderung nothwendig sei. Die Fassung und Errichtung von Statuten könne ja nur unter Kontrole der Regierung stattfinden und das garantire ihre Ungefährlichkeit. Er glaube daher, daß der §. 11 der Vorlage in keiner Weise sich zur Annahme empfehle.

Dr. Stahl: Während früher die ständische Gliederung als der wahre Grund staatlicher Dauerhaftigkeit erkannt worden, gehe seit geraumer Zeit alles Streben nach vollständiger Auflösung alles korporativen Elements; wohin das schon geführt habe und ferner führen werde, lehre die Geschichte und werde sie weiter zeigen. Bei alledem sei es merkwürdig, daß im Jahre 1831, als hier kein reaktionäres Ministerium bestand, doch das Bedürfniß ständischer Kräftigung im Staate erkannt wurde, was man nur dann ignoriren könne, wenn man vom Standpunkte einer Tendenz am Staatsleben sich betheilige. — Der Minister des Innern: In der Vorlage befinde ich mich nun auf dem Standpunkte einer Tendenz und mit mir auch die Staatsregierung und gestehe offen, daß diese Tendenz derjenigen der Herren, welche wie der Vorredner der Regierung gegenübertreten, entschieden gegenübersteht. Nach meiner Ueberzeugung soll die Gemeindeordnung die Tendenz des gegenwärtigen Jahrhunderts vertreten, das Prinzip des berechtigten Bürgerthums. Wollte man mit solchem Gesetz jetzt auf die Stände bauen, dann träte man in Anomalie mit der Gegenwart. Die Städte haben es oft anerkannt, daß ein Zurückgehen auf Früheres, auf Ueberlebtes abzuweisen sei. — Regierungskommissarius v. Kehler kommt wiederholt darauf zurück, daß das bestehende Gesetz nur selten Anwendung gefunden und daher kein Grund zu seiner Fortdauer bestehe. — Graf v. Arnim-Boytzenburg: Das offene Geständniß des Herrn Ministers des Innern verstehe er dahin, daß derselbe in den Genossenschaften, den Korporationen den Boden für bürgerliche Freiheit nicht erkennen könne, und da werde denn, wenn dies der Standpunkt der Regierung sei, in einzelnen legislativen Beschlüssen es schwerlich zu einer Vereinbarung kommen können. — Herr v. Daniels macht unter allgemeiner Unruhe eine unverständliche thatsächliche Bemerkung. — Herr Hassenbach findet es auffallend, daß lauter Herren die Freiheit der Städte so eifrig vertreten, die den Städten eigentlich nicht angehören. Wollte man aber nach deren Wunsch jetzt die Innungen wieder einführen, dann würde die Folge nur eine Stärkung des demokratischen Elementes sein. In der folgenden Abstimmung durch Namensaufruf wird der §. 11 der Vorlage mit 72 gegen 40 Stimmen abgelehnt. Der Präsident des Hauses, Fürst Hohenlohe stimmt für Annahme des Paragraphen. Nächste Sitzung morgen. Fortsetzung der Spezialdiskussion.

Berlin, 21. Febr. [8. Sitzung.] Der Präsident Prinz zu Hohenlohe eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr mit der Vereidigung von 5 Mitgliedern des Hauses, worauf sogleich zum 2. Gegenstande der Tagesordnung und zunächst zur Spezialberathung über §. 20 übergegangen, der den Fall präzisirt, in welchem die Entscheidung der Regierung bei einer Nichtübereinstimmung zwischen Magistrat und Stadtverordneten bezüglich der Wahlliste zusteht. Der Berichterstatter empfiehlt einfach diesen Paragraphen der Vorlage, der dann auch in der folgenden Abstimmung vom Hause angenommen wird. Zu §. 33 übergehend, der die Bestätigung der Mitglieder durch die Regierung auf den Bürgermeister und die Beigeordneten beschränkt, so hat die Kommission dessen Streichung beantragt. — Hr. Beyer, indem er gegen die von der Kommission beantragte Streichung des §. 33 der Vorlage sich ausspricht, weil es zur Förderung der Selbstverwaltung der Kommune sich empfehle, das Bestätigungsrecht auf das zulässig kleinste Maaß zu beschränken. So lange der Staat das Recht habe, Beschlüsse der städtischen Behörden zu annulliren, so lange bestehe durchaus keine Gefahr bei Beschränkung des Bestätigungsrechtes. Man möge bedenken, daß die kommunalen Behörden wesentlich nur Verwalter des kommunalen Vermögens seien, und daß daher es sich empfehle, die Mitglieder dieser Behörde in nicht zu abhängige Stellung vom Staate zu versetzen. Wolle man behaupten, daß der Unterschied zwischen bestätigten und nicht bestätigten Mitgliedern des Magistrats zu gegenseitigen Verdächtigungen führe, so sei diese Befürchtung keine begründete, mindestens in keinem höheren Grade, als das Vorhandensein besoldeter und unbesoldeter Magistratsmitglieder solches ermögliche. Es handle sich um ein großes Prinzip, welches aus der Erfahrung entnommen, im §. 33 der Vorlage seinen Ausdruck finden solle, und die Annahme desselben empfehle sich daher als dringend, weil es, was er wolle, das Selbstgefühl der städtischen Verwaltungen nur wohlthuend heben werde.

Graf Itzenplitz erkennt die Trennung der Magistratsmitglieder in bestätigte und nicht bestätigte als gefährlich, und solche Gefahr sei jedenfalls erheblicher, als die Möglichkeit, daß die Regierung ihr Bestätigungsrecht mißbrauchen könne. Er glaube daher, daß es sich empfehle, den auf Streichung des §. 33 gestellten Kommissionsantrag anzunehmen. — Herr v. Brenken scheint nach dem Wechsel der Redner für den Regierungsentwurf zu sprechen, ist aber auf den Journalistenplätzen wenig verständlich. — Herr v. Zander entscheidet sich für den Kommissionsantrag, weil er es für dringend nöthig erachte, den Magistrat wie aus einem Guß zu erkennen. — Herr Rummel gesteht, daß es ihm aufgefallen sei, als er den Antrag der Kommission gelesen, da dieses hohe Haus das Bestreben so oft betont, das Selfgovernment zu stärken. Jedes Mitglied des Magistrats leiste dem Könige den Eid der Treue; wirke dieser Eid nicht, dann werde die Bestätigung noch weniger Wirkung haben. Nicht die Bestätigung werde den einen Guß aller Magistratsmitglieder schaffen, sondern der Geist, das Geschick des Vorsitzenden könne dies nur erzielen. Man wolle den Antrag der Kommission dadurch unterstützen, daß für die vorgeschlagene Aenderung des §. 33 keine genügenden Gründe vorlägen. Aber es sei anzunehmen und die Regierung sei sogar davon unterrichtet, daß den Städten gewiß in großer Mehrzahl mit dem Vorschlage der Regierung gedient sei. Der Redner führt nun einen vorgekommenen Fall der Verweigerung der Bestätigung für ein von den Stadtverordneten zu Halle im Jahre 1856 gewähltes Mitglied an, in welchem, bei dem hochachtbaren Charakter des Gewählten und bei seiner bekannten Tüchtigkeit für Verwaltungsgeschäfte, die Aufregung und Verstimmung in Halle eine sehr tiefe und allgemeine war. Derartige Vorkommnisse seltener zu machen, empfehle sich durchaus und zwar besonders im konservativen Interesse. Es sei hiernach dem Hause die Annahme des §. 33 nach der Vorlage nur zu empfehlen.

Graf Rittberg erklärt, gestern für Ablehnung des vorgeschlagenen §. 11 gestimmt zu haben, weil das Bedürfniß für denselben ihm nicht nachgewiesen erschien; in stärkerem Grade noch vermisse er das Bedürfniß für eine Umänderung des §. 33. Es möge vorgekommen sein, daß verweigerte Bestätigung nicht genügend motivirt war, aber man möge der Regierung vertrauen, und es sei sicher von der allgemeinen Bestätigung weniger Nachtheile zu fürchten, als von einer theilweisen. — Graf Hoverden empfiehlt nach den vorangegangenen Erklärungen den Anführungen der Kommission und seiner eigenen Ueberzeugung die Annahme des Kommissionsantrages. — Der Minister des Innern erinnert an seine gestern abgegebene Erklärung, in welcher er den Kommissionsanträgen zugestimmt habe. Wenn nun selbst von den Vorsitzenden größerer Städte zugegeben sei, daß die Bestätigung einiger Glieder des Magistrats und die Nichtbestätigung anderer zu Unzuträglichkeiten führen könne, so gebe er aus solchem Grunde um so eher dem Antrage der Kommission nach; aber er glaube sich der Hoffnung hingeben zu können, daß der Regierung auch in ihrer Stellung zur ländlichen Polizeiverwaltung eine gleiche Befugniß werde eingeräumt werden. (Heiterkeit.) — Herr Hasselbach zieht den Schluß, daß, wenn der Eid für die Mitglieder des Magistrats genüge, dann sei überhaupt keine Bestätigung nöthig, oder aber alle Mitglieder müßten bestätigt werden. Könne man im Interesse der Kommune nicht jede Bestätigung aufheben, dann sei auch eine Trennung für die Bestätigung abzuweisen, daher dem Kommissionsantrage zuzustimmen. — In der folgenden Abstimmung wird, nach dem Antrage der Kommission, die Streichung des §. 33 der Vorlage mit großer Majorität angenommen. — Die Debatte geht auf §. 36 über, der von der Ausführung gewisser

(Fortsetzung in der Beilage.)

Beschlüsse der Stadtverordneten durch den Magistrat handelt. — Herr Hasselbach empfiehlt die Annahme des § 36 nach dem Kommissionsvorschlage. — Der Regierungskommiss. v. Kehler bemerkt, daß die Staatsregierung zu ihrem Vorschlage sich besonders dadurch bewogen erkannt, sicherer ein Mißverständniß zu verhüten, daß dieser Zweck aber auch durch den Antrag der Kommission erreicht werde. In der folgenden Abstimmung erfolgt die Annahme des §. 36 nach dem Kommissionsantrage. — Der §. 48 der Vorlage, von der Befugniß der Stadtverordneten zur Aufstellung ihrer Geschäftsordnung handelnd, wird hierauf ohne Debatte angenommen. — Zu §. 50 des Kommissionsvorschlages sind Amendements von den Herren v. Zander und Hasselbach und von Herrn v. Bornemann eingebracht und finden genügende Unterstützung.

Nachdem Hr. v. Bornemann sich kurz für sein Amendement ausgesprochen, dessen Annahme er nur für den Fall der Ablehnung des v. Zander-Hasselbachschen empfehle, erkennt der Minister des Innern den Kommissionsantrag als eine Verbesserung an, hält es aber für nöthig, bezüglich der gestellten Amendements der Staatsregierung weiteres Bedenken vorzubehalten. — Noch äußern sich kurz zur Sache die Herren v. Zander, Graf Itzenplitz, v. Meding und Hasselbach, worauf in der folgenden Abstimmung die Amendements verworfen, der Kommissionsantrag aber angenommen wird. — In schneller Folge werden dann die übrigen Paragraphen der Vorlage ohne Diskussion angenommen, und zwar Alinea 1 des §. 57., von der Beschlußfähigkeit des Magistrats handelnd, mit Wegfall der Worte: „mit Einschluß der besoldeten Mitglieder", auf den Antrag des Herrn Brausnick. — Schließlich werden dann Art. I und II der Vorlage, Ueberschrift und Eingang derselben und sodann die Vorlage im Ganzen vom Hause angenommen. — Zu dem dritten Gegenstande der Tagesordnung übergehend, werden sämmtliche Petitionen, ohne Debatte, nach den Kommissionsanträgen durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Sonnabend, den 23. d.

— Zu dem Verbesserungsantrage der Herren Dr. v. Zander und Hasselbach (s. o.) schlägt Dr. Bornemann vor hinzuzufügen: 4) für Städte, welche nicht über 10,000 Einwohner haben, zur Veräußerung von Grundstücken und solchen Gerechtsamen, welche jenen gesetzlich gleichgestellt sind.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 21. Februar. [16. Sitzung.] Im Abgeordnetenhause erfolgte heute nach Prüfung einer Ersatzwahl, welche nicht beanstandet wurde, die unveränderte Annahme des Entwurfes wegen Abänderungen mehrerer Vorschriften über die preußische Postportotaxe, Ermäßigung des Postporto's bei Beförderung von Drucksachen 2c. (s. Nr. 27). Der zweite Petitionsbericht der Gemeindekommission wurde nach den Anträgen der letzteren erledigt. Die Petitionen betrafen zum Theil die Einquartirungslast rheinischer Städte, andererseits aber Gegenstände rein privatrechtlicher Natur. — Der Abg. Rönne überreichte einen Antrag auf Revision der Fremdenpolizei-Gesetzgebung und des Paßwesens. Derselbe wurde der Gemeindekommission überwiesen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 22. Februar. [Polnische Versammlungen.] Gestern herrschte auf unseren Straßen ein ungewöhnlich lebhaftes Treiben. Eine überaus große Anzahl polnischer Gutsbesitzer 2c. aus der Provinz hatte sich auf ergangene Einladung hier zusammengefunden, um eine Vereinigung der in der Provinz bestehenden landwirthschaftlichen Vereine (zumeist wohl nur aus den polnischen Kreisen, da die betr. Einladung von diesen ausgegangen war) anzubahnen. Der Versammlung im Bazar, die von etwa 400 Personen besucht war, ging eine feierliche Messe in der Pfarrkirche voran, welche der hochwürdigste Erzbischof zelebrirte. In das Direktorium des konstituirten Zentralvereins wurden gewählt die Herren: v. Łączynski als Präsident, Graf Eduard Poniński, der Geistliche Janiszewski, v. Wolniewicz, v. Łaszczewski, Szafarkiewicz, Kantak, Graf Johann Działyński und v. Guttry. Wie weit außerdem der Zweck erreicht worden, haben wir bisher nicht in Erfahrung bringen können; doch hören wir, daß man gleichzeitig Projekte für neuzubegründende Institute zur Hebung der Landwirthschaft u. s. w. in der Provinz (vielleicht nach Analogie des im Königreich Polen bestehenden landwirthschaftlichen Zentralvereins) in Vorschlag gebracht habe. — Nachmittags fand eine Versammlung des Vereins für die Pferderennen hier statt, und Abends war im Stadttheater eine polnische Vorstellung, von Dilettanten ausgeführt, die ebenfalls sehr zahlreich besucht gewesen sein soll. Das engere Aneinanderschließen der Polen machte sich auch äußerlich bemerkbar durch das häufigere Erscheinen der Nationaltracht und namentlich der Konfederatka. Die Mehrzahl der so überaus zahlreich anwesenden Fremden dürfte heute die Stadt schon wieder verlassen haben.

r Wollstein, 21. Febr. [Beihülfe; Bauten; Gottesdienst.] Es ist nun Aussicht vorhanden, daß die seit Jahren schon vakante Lehrerstelle an der jüdischen Schule in Bomst bald besetzt werde, indem das k. Unterrichtsministerium auf Anregung der k. Regierung der dortigen jüdischen Schulsozietät eine Beihülfe von jährlich 50 Thlrn. zum Lehrergehalte bewilligt hat. — Auch der dort sehr nothwendige Synagogenbau dürfte in kürzester Zeit in Angriff genommen werden, weil auf Verwendung einer unserer Landtagsdeputirten beim Minister des Innern Aussicht vorhanden ist, daß derselbe die Erlaubniß zur Abhaltung einer Hauskollekte bei den Israeliten im ganzen preußischen Vaterlande zu diesem Zwecke ertheilen wird. Einige jüdische Gemeinden in der Mark und Schlesien (Landsberg, Neusalz u. m. A.) haben bereits vor einiger Zeit aus eigenem Antriebe ansehnliche Beiträge zum Synagogenbau übersandt. — Mit dem hiesigen Rathhausbau, wovon ich neulich berichtet, wird, so bald die Witterung es erlaubt, begonnen. Der Zuschlag zum Bau ist von den Stadtbehörden dem hiesigen Zimmermeister Schüller und Maurermeister Böhmig ertheilt. — Der am Sonntag in der evang. und kath. Kirche abgehaltene Trauergottesdienst für des hochseligen Königs Majestät war von allen Schichten der Bevölkerung sehr zahlreich besucht. In der evang. Kirche, wo die Schützengilde in Uniform erschienen, hielt die Predigt, statt des erkrankten Superintendenten Gerlach, der Prediger und Rektor Braun, und in der kath. Kirche der Probst Henke.

Angekommene Fremde.

Vom 22. Februar.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Rentier Graf Breza aus Dresden, Gutsb. Graf Węsierski und Komtesse Węsierska aus Zakrzewo, Frau Gräfin Skórzewska aus Czerniejewo, Majoratsherr Baron v. Nettelhorst aus Kurland, die Kaufleute Winkelmann aus Potsdam, Broß, Kurz, Lebmann und Schnuer aus Berlin, Preuß aus Dresden, Fischer aus Apolda, Hirschel aus Glogau, Müller, Kleinschmidt, Syhre und Winter aus Leipzig.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsb. v. Koscielski aus Smiełowo und v. Dobrzycki sen. aus Bomblin, Gutsb Boode aus Breslau, die Kaufleute Wiesenerski aus Stettin, Gaßmann aus Dresden, Wallis aus Bremen, Laffert und Reis aus Berlin, Koch aus Leipzig, Bulenstein aus Wollstein, Jaroczyński und Götz aus Gnesen.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsb. v. Zakrzewski aus Gutowo, v. Sawicki aus Rybno, v. Kozłowski aus Turzyn und v. Wolański aus Bardo, Direktor Conrad aus Breslau, Zimmermeister Lange aus Schrimm und Kaufmann Götz aus Stettin.

SCHWARZER ADLER. Die Gutspächter v. Białoszyński aus Kąkolewo, Alkiewicz aus Kąpiel, v. Raczyński aus Orla, v. Raczyński aus Biernatki, Szwantowski aus Strzałkowo und v. Raczyński aus Rogalin, die Rittergutsbesitzer v. Urbanowski aus Turostowo, v. Dziembowski aus Kludzyn, v. Chrzanowski aus Chwałkowice und v. Żeromski aus Brzoza.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Manteuffel aus Stettin und Levy aus Wongrowitz, Rittergutsb. Dütschke aus Rąbczyn, Generalbevollmächtigter v. Grabowski aus Jarocin, die Gutsb. Graf Miączyński aus Pawłowo, v. Chłapowski aus Bagrowo, v. Radzimiński aus Zdziechowice und v. Węsierski aus Borzejewo.

HOTEL DE PARIS. Die Gutsb. v. Swinarski aus Schrimm, Kosmowski aus Ruszkowo, v. Czajkowski aus Tuczno, v. Skaławski aus Słomczyce, v. Skoraszewski aus Wysoka, Majewski aus Lazisk, v. Prądzyński aus Giecz und Sypniewski aus Piotrowo, die Pröbste Lemier aus Sadki, Gintrowski aus Lutynia und Jabłoński aus Morzewo, Rendant Tadczyński aus Schrimm, Kommissarius Sztajkiewicz aus Rzadkowo, Bürger Kirschenstein aus Kostrzyn und Bevollmächtigter Kurowski aus Samostrzel.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Die Anfertigung der Kasernen-Utensilien für 659 Mann, und zwar:

1) die auf 3744 Thlr. 15 Sgr. 8 Pf. veranschlagten Schlosserarbeiten,
2) " " 3716 " 21 " — " " Tischlerarbeiten,
3) " " 85 " 5 " — " " Bötticherarbeiten,
4) " " 52 " 20 " — " " Klempnerarbeiten,

soll im Wege der öffentlichen Submission event. Lizitation mindestfordernd verdungen werden.

Hierzu haben wir auf **Montag den 4. März c. Vormittags 10 Uhr** in unserm Büreau im Intendanturgebäude, Wallstraße Nr. 1, einen Termin anberaumt, wozu qualifizirte und kautionsfähige Unternehmer mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die Bedingungen in den üblichen Geschäftsstunden Vor- und Nachmittags bei uns eingesehen werden können.

Posen, den 22. Februar 1861.

Königliche Garnison-Verwaltung.

Provinzial-Aktienbank des Großherzogthums Posen.

Die dritte ordentliche General-Versammlung der Aktionäre findet

am 11. März c. Vormittags 10 Uhr

im Bankgebäude Friedrichsstraße Nr. 17 den Vorschriften der §§. 39, 40, 41 des Statuts gemäß statt.

In den vorhergehenden zwei Geschäftstagen, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, werden Seitens der Bank-Direktion, gegen Vorzeigung der Aktien (§. 40) an die Herren Aktionäre die Stimm- und Einlaßkarten für die General-Versammlung ausgegeben werden.

Posen, den 11. Februar 1861.

Der Verwaltungs-Rath.

Bielefeld.

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreisgericht zu Kempen.

Das zu **Kempen** sub Nr. 275 belegene, dem Mühlenbesitzer **Carl Gottlob Zirkel** jetzt dessen Erben gehörige Mühlengrundstück, abgeschätzt auf 21,600 Thlr. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 26. April 1861 Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle resubhastirt werden.

Die Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihrem Anspruche spätestens im obigen Termine zu melden.

Alle unbekannten Realprätendenten werden aufgeboten, sich bei Vermeidung der Präklusion spätestens in diesem Termine zu melden.

Kempen, den 8. Sept. 1860.

Oeffentlicher Verkauf.

Das den **Catharina Lisiecka**'schen Erben gehörige Grundstück Nr. 54 der Vorstadt Fischerei zu Posen, Schützenstraße Nr. 13/14, abgeschätzt auf 6622 Thlr. 24 Sgr. 11 Pf., soll in dem

am 27. Mai d. J. Vormittags 11 Uhr

an der hiesigen Gerichtsstelle anstehenden Termine, im Wege der freiwilligen Subhastation, öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden, und werden Kauflustige hierzu eingeladen.

Die Taxe und die Bedingungen können vor dem Termine in unserem Büreau III. B. eingesehen werden.

Posen, den 6. Februar 1861.

Königliches Kreisgericht. Zweite Abtheilung.

Konkurs-Eröffnung.

Königliches Kreisgericht zu Gnesen, Erste Abtheilung,

den 7. Februar 1861 Vormittags 11 Uhr.

Ueber das Vermögen des Gutsbesitzers **Julius Haß** zu **Lubochnia** ist der gemeine Konkurs eröffnet.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Taxator **Winkler** hier bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem auf

den 28. Februar c. Vormittags 11 Uhr

in unserem Gerichtslokal vor dem Kommissar, Kreisgerichtsrath Herrn **Moisisziz** anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines anderen einstweiligen Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen im Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitze der Gegenstände

bis zum 21. März c.

einschließlich dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwanigen Rechte, ebendahin zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht

bis zum 9. März c.

einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnächst zur Prüfung der sämmtlichen, innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, so wie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals

auf den 21. März c. Vormittags 11 Uhr

in unserem Gerichtslokal vor dem genannten Kommissar, Kreisgerichtsrath **Moisisziz**, zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirke seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten einreichen. Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechtsanwalte **Kellermann** und **Bernhard** zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Große Möbel-Auktion.

Wegen Versetzung eines hohen Beamten werde ich **Dienstag den 26. Februar c.** Vormittags von 9 Uhr und Nachmittags von 3 Uhr ab in dem Hause **Berlinerstraße Nr. 15** im zweiten Stock

gut erhaltene

Mahagoni-, Birken- und Elsen-Möbel,

als: ein Mahag. Cylinder-Büreau, Servante, Sopha's, Schlafsopha's, Chiffonnièren, Spiegel, Kommoden, Schreib-, Sopha-, Spiel-, Auszieh-, Blumentische, Kleider-, Wäsche-, Bücher-, Glas- und Küchenspinde, Betttischchen, Waschtoilletten, Stühle, Bettstellen, Gardinen, Wanduhren, Lampen, Jagdgeräthe, Porzellan- und Glasgeschirre, eine Häcksellade, Küchen-, Haus- und Wirthschaftsgeräthe, und um Punkt **12 Uhr**

ein gutes Mahagoni-Pianino

öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung versteigern. **Zobel**, Auktions-Kommissarius.

Für Bandwurmpatienten.

Durch mein in Deutschland rühmlichst bekanntes Mittel treibe ich, bei abnehmendem Monde, jeden Bandwurm binnen 2 bis 4 Stunden schmerz- und gefahrlos vollständig ab. Dasselbe ist für 3 Thlr., in hartnäckigen Fällen für 4 Thlr. von mir zu beziehen; doch muss Alter, Constitution etc. des Patienten genau bezeichnet werden

Voigt, Arzt zu Croppenstädt.

Strohhüte werden zum Waschen, Modernisiren und Färben angenommen und nach Berlin befördert von

M. Elkan, Schloßstraße Nr. 2.

JANUS.

Lebens- und Pensions- (Renten-) Versicherungs-Gesellschaft in Hamburg.

Grundkapital: Eine Million Mark Banco.

Die Geschäftsresultate pro ult. Dezember 1860 stellen sich, die definitive Festsetzung der einzelnen Ziffern vorbehalten, wie folgt:

Reservefonds, aus den Beiträgen gesammelt	ca. M. Bo. 1,400,000. — —
In pupillarisch sichern Hypotheken auf Landgüter angelegt	1,155,996. 13. ß.
Versichertes Kapital	12,600,000. — —
Versicherte Personen circa **8100.**	
Versicherte jährliche Leibrenten und Pensionen	32,800. — —
Jahres-Einnahme	500,000. — —
Bezahlte Sterbefälle seit dem Bestehen der Gesellschaft 745 mit	1,262,290. — —

Die Gesellschaft versichert zu **billigen** Prämien und unter **liberalen** Bedingungen.

Die Versicherungen können **mit** oder **ohne** Anspruch auf Dividenden abgeschlossen werden.

Ein Eintrittsgeld wird nicht gezahlt; die Beiträge können in **vierteljährlichen** und **monatlichen** Terminen entrichtet werden.

Prospekte und Antragsformulare **gratis** in **Posen** bei dem **Hauptagenten** Herrn

Rudolph Levysohn,

Firma **J. J. Heine,** Markt 85.

Eine vollständige Regierungsraths-Uniform, mit ganz neuen Epaulettes, ist billig zu verkaufen. Wo? sagt die Zeitungs-Expedition.



Ein Reitpferd, Fuchs-Wallach, fünf Jahr alt, steht im **Hôtel du Nord** zum Verkauf.

Hiermit bringen wir zur gefälligen Kenntnißnahme, daß wir den **Alleinverkauf** unserer

Patent-Vieh-Salzlecksteine

für den Umfang der Provinzen Pommern, Posen, Ost- und Westpreußen: Herrn **Herrmann Tiede** in **Stettin** übergeben und **in Stettin eine**

Hauptniederlage unserer Vieh-Salzlecksteine errichtet haben. Aufträge auf unser Fabrikat bitten wir **nur** an Herrn **Herrmann Tiede** gelangen zu lassen.

Schönebeck, im November 1860.

Konzessionirte Vieh-Salzleckstein-Fabrik

G. Hoyer & Co.

Auf vorstehende Bekanntmachung ergebenst Bezug nehmend, liefere ich die **Hoyer**'schen **Patent-Vieh-Salzlecksteine,** circa 6 Pfd. pr. Stück schwer, in Kisten von 16 und 30 Stück pr. Kiste, nach Wunsch der Herren Besteller:

entweder A. **frei ab Fabrik Schönebeck:**

mit 3¾ Sgr. pr. Stück exkl. Kiste und Verpackung,
" 4¼ " " " inkl. " "

oder B. **inkl. Frachtzuschlag von Schönebeck bis hier frei ab hier:**

1) **bei Abnahme von mindestens 100 Stück zur Zeit**
mit 5 Sgr. pr. Stück exkl. Kiste und Verpackung,
" 5½ " " " inkl. " "

2) **bei Abnahme von mindestens 16 Stück zur Zeit**
mit 5½ Sgr. pr. Stück exkl. Kiste und Verpackung,
" 6 " " " inkl. " "

Leere Kisten, die mir in gutem Zustande franko zurückgeliefert werden, nehme ich gegen 4½ Pfennige pr. berechneten Steininhalt in Zahlungsstatt wieder an.

Gußeiserne Salzkrippen zu den Lecksteinen liefere ich mit 6½ Sgr. pr. Stück frei ab hier exkl. Verpackung.

Gefälligen Aufträgen, die ich mir in frankirten Briefen erbitte und welche stets sofort ausgeführt werden, ersuche ich den Betrag der beorderten Salzlecksteine gleich baar beizufügen.

Zu jeder näheren Auskunft bin ich auf frankirte Anfrage sehr gern bereit.

Stettin, den 27. November 1860. **Herrmann Tiede.**

Aufträge auf

weißen amerikanischen Pferdezahnmais,

den ich am 1. März von **Newyork** per Dampfer nach **Hamburg** verladen lasse, also Ende März hier auf Lager haben werde, erbitte ich mir rechtzeitig, da ich dieselben nur, so weit mein direkt bezogener Vorrath reicht, zu den bekannten billigen Preisen effektuiren kann. Eine Probe von dem Mais liegt schon jetzt bei mir aus.

Mein jetzt ausgegebenes Preisverzeichniß für landwirthschaftliche Sämereien sende ich auf Verlangen franko zu. **S. Calvary** in **Posen**, Breitestr. 1.

Aus echt Pohlschen gelben Riesen-Runkel-Rüben

gezogener Samen, à Scheffel 5 Thlr. und à Metze 10 Sgr., ist zu haben bei

Carl Heinze,

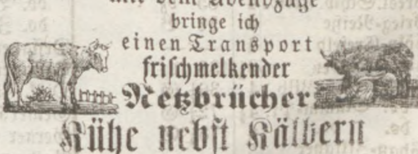
Vorwerksbesitzer in **Klecko.**

Kiefern-Samen

(pinus sylvestris), à 100 Pfd. Zollgewicht 40 Thlr. preuß. Kurant, so wie alle anderen Laub- und Nadelholzsämereien in frischer und keimfähiger Waare empfiehlt der Forstverwalter **H. Gärtner** in **Schönthal** bei Sagan.

Sonnabend den 23. Februar

mit dem Abendzuge bringe ich einen Transport frischmelkender



Netzbrücher Kühe nebst Kälbern

nach **Posen** und logire in **Budwig's Hôtel**, Kämmereiplatz Nr. 18/19.

Klakow, Viehhändler.

Stralsunder Spielkarten

empfiehlt

Adolph Asch, Schloßstr. 5.

Echt englisch patentirte Spar-Nachtlichter ohne Docht, welche wöchentlich nur für ca. 8 Pf. Oel verbrauchen und **unzerstörbar** sind, offerirt **billigst**

Wilhelmsstr. 18, vis-à-vis von Hôtel de France. **H. A. Fischer (Carl John).**

Vom heutigen Tage wird in dem Gołęciner Milchkeller, Berlinerstraße Nr. 27, das Quart Milch mit 14 Pf. verkauft.

Dom. Gołęcin, den 20. Febr. 1861.

Certificat über die Wirksamkeit von Dr. Koch's Kräuter=Bonbons.*)

Hierdurch bescheinige ich, daß die von dem königl. Kreisphysikus **Dr. Koch** in Heiligenbeil zusammengesetzten **Kräuter-Bonbons** aus Kräutern gefertigt sind, die vorzüglich mildernd und besänftigend auf die Luftwege und Brustorgane wirken, daß sie also bei Lungenkatarrhes und bei Reizbarkeit der Luftröhre vor sehr vielen ähnlich empfohlenen Mitteln wesentliche Vorzüge besitzen und mit Recht empfohlen werden können. Berlin, 24. August 1854.

Dr. **Schnitzer**, königl. Hofrath, prakt. Arzt 2c.

*) In frischer, stets gleichmäßig guter Qualität vorräthig bei **J. Menzel,** Wilhelmsstraße, neben der Post.

כשר Frische gepreßte Gänsebrüste und Keulen, wie Gänsewurst empfiehlt

H. J. Elkan.

Salate!

Herings-, Sardellen-, italienische und Lachssalate werden auf Bestellung aufs Beste und Billigste zubereitet von

David Fromm, Markt 88.

Wasserstraße Nr. 13. ist im 2. Stock ein möbl. Zimmer sofort zu vermiethen.

Ein Laden nebst Schaufenster ist Breslauerstraße im Batkowski'schen Hause sofort zu vermiethen.

Vom 1. April ab ist im Hause alten Markt Nr. 97 die **erste Etage** zu vermiethen. Das Nähere hierüber bei ***J. Bistrzycki,*** Breitestraße Nr. 18a. im Eckladen.

Breslauerstraße Nr. 36 ist im Hinterhause ein Quartier von 2 Stuben, einem Alkoven, Küche, Boden, Keller vom 1. April d. J. ab zu vermiethen.

Eine möblirte Parterrestube nach vorn heraus ist billig zu vermiethen Venetianerstraße Nr. 4.

Zwei Ziegelmeister, ein Mühlenwerkführer, mehrere Oekonomen, ein Braumeister und ein Bergwerksverwalter können höchst vortheilhafte Stellen erhalten durch

H. Winkler's Placirungskomptoir,
Berlin, alte Jakobsstr. 17.

Ein junger Mann, mit den nöthigen Schulkenntnissen und der polnischen Sprache kundig, wird als **Apothekerlehrling** unter günstigen Bedingungen in einer kleinern Stadt des Großherzogthums gesucht. Wo? erfährt man in der Expedition dieser Zeitung.

Ein, auch zwei junge Leute, welche die Sattlerprofession zu erlernen wünschen, können zu Ostern d. J. in die Lehre treten beim Wagenfabrikanten **Weltinger**, gr. Gerberstr. 11.

Eine Wittwe aus sehr guter Familie, in den dreißiger Jahren, sucht als Gesellschafterin und Wirthschafterin eine Stelle. Sie ist auch gern bereit, jungen Mädchen Unterricht in allen weiblichen Arbeiten zu ertheilen; auf Honorar wird weniger gesehen als auf freundliches Entgegenkommen. Näheres in der Expedition dieser Zeitung.

Eine im Putz geübte Demoiselle sucht eine Stelle als Direktrice. Offerten werden erbeten ***A. Z. Posen,*** poste restante.

Bei **Reinhold Kühn** zu Berlin, Leipzigerstraße 33, ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Vollständige Sammlung
(4te Auflage)
der Reden Sr. Majestät des Königs
Friedrich Wilhelm IV.

herausgegeben von **Dr. Killisch,** Dirigent d. konz. Mil. Vorb. Anstalt, Adlerstr. 10.

Se. Königl. Hoheit der Kronprinz haben die Dedikation anzunehmen geruht. Der Ertrag ist dem Nationaldank geweiht.

Bereits seit mehreren Jahren bestehen in den einzelnen Provinzen der preußischen Monarchie **Oekonomen-Hülfs-Vereine,** deren Prinzip ist:

„landwirthschaftlichen Beamten, welche ohne ihr Verschulden, durch Krankheit, Militärangelegenheiten oder Alter ihre Stellung verlieren, eine Unterstützung zu gewähren, sei es durch Fürsorge für eine andere Stellung, sei es durch eine Geldunterstützung bis zur Erlangung einer andern Stelle."

Das Ziel dieses Vereins geht darauf hinaus, mit der Zeit aus diesem Oekonomen-Hülfs-Verein einen Oekonomen-Wittwen-Verein zu bilden.

Grade in der hiesigen Provinz ist bis jetzt für landwirthschaftliche Beamte noch gar nicht gesorgt. Der Beamte, wie seine Familie fällt dem Elende anheim, wenn er von einem Unglück betroffen wird und alsdann ohne weitere Mittel sein Leben fristen soll.

Um in der Provinz **Posen** ebenfalls einen Beamten-Hülfs-Verein zu gründen, werden die Herren Wirthschaftsbeamten aufgefordert, den **3. März 1861** Nachmittags in **Obornik** im **Marquardt**'schen Lokal zusammenzukommen.

Allen den Wohlthätern, die bei dem mich betroffenen Brandunglücke mich so reichlich mit Geld, Kleidungsstücken und allem Nöthigen versahen, sage ich hiermit meinen tiefgefühlten innigsten Dank.

Gott wolle Jedem ein reicher Vergelter sein.

Suchylas. ***Heinrich,*** Lehrer.

Benjamin Witkowski . . .	10 Sgr.
Cham Knoll	5 =
Schmaje Hesek	3 =
zusammen . . .	18 Sgr.

für eine hülflose Wittwe und deren sieben unmündige Kinder.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Ev. Kreuzkirche. Sonntag, 24. Febr. Vorm.: Herr Oberprediger Klette. Nachm.: Herr Pastor Schönborn.

Freitag, 1. März Abends 6 Uhr: Passions-Gottesdienst: Herr Pastor Schönborn.

Ev. Petrikirche:

1) Petrigemeinde. Sonntag, 24. Febr. früh ½10 Uhr: Herr Prediger Franck. Abends 6 Uhr: Herr Kandidat Schäfer.

Mittwoch, 27. Febr. Abends 6 Uhr: Passionspredigt: Herr Konsistorialr. Dr. Göbel.

2) Neustädtische Gemeinde. Sonntag, 24. Febr. Vorm. 11 Uhr: Herr Prediger Herwig (Abendmahl).

Freitag, 1. März Abends 6 Uhr: Herr Kandidat Lemon.

Garnisonkirche. Sonntag, 24. Febr. Vorm.: Herr Divisionsprediger Lic. Strauß.

Donnerstag, 28. Febr. Abends 6 Uhr: Passionsandacht: Divisionspred. Lic. Strauß.

Ev. luth. Gemeinde. Sonntag, 24. Febr. Vor- und Nachm.: Herr Pastor Böhringer.

In den Parochien der oben genannten Kirchen sind in der Woche vom 15. bis 22. Febr.:
Geboren: 7 männl., 6 weibl. Geschlechts.
Gestorben: 9 männl., 3 weibl. Geschlechts.
Getraut: 2 Paar.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Ruppersdorf: Fräulein v. Sauerma mit dem Appellationsgerichts-Referendarius v. Schlieckmann; Erfurt: Frl. v. Petersdorff mit dem Hauptmann v. Schorlemmer; Oppeln: Frl. v. Sydow mit dem Frhrn. v. Reißwitz-Kandrzin; Hirschberg: Frl. Erfurt mit dem Papierfabrikanten Erfurt; Schönau: Frl. Kettner mit dem Pastor Schüler; Leobschütz: Frl. Stephan mit dem Ingenieur Briefel.

Verbindungen. Zobten: Frl. Schnabel mit dem Kämmerer Kraetzig; Friedland: Frl. Kroenke mit dem Dr. med. Haase; Jauer: Frl. Kretschmer mit dem Apotheker Stoermer.

Geburten: Ein Sohn dem Prof. Busch in Bonn; eine Tochter dem Herrn v. Zimmermann in Külpenau, Pastor Heinr. Ahrendts in Brumby.

Todesfälle. Frau Coulon in Berlin, ein Sohn des Rittergutsbesitzers Legde in Protzen, Frau v. Maltzahn auf Schloß Grubenhagen, Rittergutsbesitzer Hauptmann Reimnitz in Mönchmotschelnitz, Obersteuerkontrol. v. Schwerin in Mönchmotschelnitz, Pfarradministrator Linke in Kapellenberg.

Stadttheater.

Freitag, zum Benefiz für Herrn Schön:
Ich bin nicht schön!
Lustspiel in 1 Akt von Schlesinger.
Zampa, der Korsarenhäuptling
oder:
Die Marmorbraut.
Große komische Oper in 3 Akten von Herold.

Sonntag: **Die Kunstreiter** oder: **Berlin und Leipzig.** Neue Bearbeitung des **Jongleur.** Posse mit Gesang und Tanz und Evolutionen von Pohl.

Mittwoch den 27. Februar
Abends 7 Uhr
im Saale der Casino-Gesellschaft
wird der I. Theil des Oratorii
ELIAS
von Felix Mendelssohn-Bartholdy
vom hiesigen Gesangvereine unter gefälliger Mitwirkung des Opernsängers Herrn Grunow und unter Leitung des Organisten Herrn Cl. Schön zur Aufführung kommen.

Billets zu **numerirten Sitzplätzen** à 12½ Sgr., zu **nicht numerirten** Plätzen à 10 Sgr. werden in der Musikalienhandlung von **Ed. Bote & G. Bock** verkauft. Kassenpreis 20 Sgr.

Der Vorstand des Gesangvereins.
Graebe. Cl. Schön. Strach.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäfts-Versammlung vom 22. Febr. 1861.

Fonds.	Br.	Gd.	bez.
Preuß. 3½% Staats-Schuldsch.	—	87	—
= 4 = Staats-Anleihe	—	—	—
= 4½ = =	—	$100\frac{1}{2}$	—
Neueste 5% Preußische Anleihe	—	$105\frac{1}{4}$	—
Preuß. 3½% Prämien-Anl. 1855	117	—	—
Posener 4% Pfandbriefe	—	$100\frac{3}{4}$	—
= 3½ = =	—	94	—
= 4 = neue =	—	$89\frac{3}{8}$	—
Schles. 3½% Pfandbriefe	—	—	—
Westpr. 3½ = =	—	—	—
Poln. 4 = =	$86\frac{1}{4}$	—	—
Posener Rentenbriefe	—	$91\frac{7}{8}$	—
= 4% Stadt-Oblig. II. Em.	—	$90\frac{3}{4}$	—
= 5 = Prov. Obligat.	—	98	—
= Provinzial-Bankaktien	—	—	—
Stargard-Posen. Eisenb. St. Akt.	—	—	—
Oberschl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—	—	—
= Prioritäts-Oblig. Lit. E.	—	—	—
Polnische Banknoten	—	$86\frac{3}{4}$	—
Ausländische Banknoten große Ap.	—	—	—

Roggen matt, gekündigt 25 Wispel, pr. Febr. $43\frac{1}{4}$ bz., März $43\frac{1}{2}$ bz., Frühjahr $43\frac{7}{12}$—$\frac{2}{3}$ bz.

Spiritus schwach behauptet, gekündigt 6000 Quart, mit Faß pr. Febr. $20\frac{1}{8}$ bz., März $20\frac{1}{8}$ bz., April-Mai $20\frac{1}{2}$ bz.

Posener Marktbericht vom 22. Febr.

	von Rt	von Sgr	von Pf	bis Rt	bis Sgr	bis Pf
Fein. Weizen, Schfl. z. 16 Mtz.	3	—	—	3	5	—
Mittel-Weizen	2	25	—	2	26	3
Bruch-Weizen	2	15	—	2	20	—
Roggen, schwerer Sorte . .	1	24	—	1	25	—
Roggen, leichtere Sorte . .	1	20	—	1	21	3
Große Gerste	1	15	—	1	20	—
Kleine Gerste	1	10	—	1	17	6
Hafer	—	23	—	—	27	—
Kocherbsen	1	24	—	1	25	—
Futtererbsen	1	17	6	1	20	—
Winterrübsen, Schfl. z. 16 Mtz	—	—	—	—	—	—
Winterraps	—	—	—	—	—	—
Sommerrübsen	—	—	—	—	—	—
Sommerraps	—	—	—	—	—	—
Buchweizen	1	2	6	1	5	—
Kartoffeln	—	17	—	—	19	—
Butter, 1 Faß (4 Berl. Qrt.)	2	—	—	2	15	—
Roth. Klee, Ct. 100 Pfd. Z. G.	14	15	—	16	—	—
Weißer Klee dito	—	—	—	—	—	—
Heu, per 100 Pfd. Z. G. .	—	—	—	—	—	—
Stroh, per 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Rüböl, d. Ct. z. 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Spiritus am 21. Febr. / = 22. = per 100 Qrt. à 80% Tr.	20	—	—	20	5	—

Die Markt-Kommission.

Wasserstand der Warthe:

Posen am 21. Febr. Vorm. 8 Uhr 10 Fuß 4 Zoll.
= 22. = = = 10 = 6 =

Produkten=Börse.

Berlin, 21. Februar. Nach amtlicher Feststellung durch die Aeltesten der Kaufmannschaft kostete Spiritus loko pr. 8000% nach Tralles frei ins Haus des Käufers geliefert am

15. Febr. 1861 . $20\frac{3}{4}$—$20\frac{5}{8}$ Rt.
16. = . . . $20\frac{5}{8}$ Rt.
18. = . . . $20\frac{2}{3}$—$20\frac{7}{8}$ Rt.
19. = . . . $20\frac{3}{4}$ Rt. } ohne Faß.
20. = . . . $20\frac{2}{3}$ Rt.
21. = . . . $20\frac{5}{8}$—$20\frac{7}{12}$ Rt.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin.

Berlin, 21. Febr. Wind: S. Barometer: 28 1/2. Thermometer: früh 1° —. Witterung: bedeckte milde Luft.

Weizen loko 72 a 83 Rt.

Roggen loko 48 a $48\frac{1}{2}$ Rt., p. Febr. $48\frac{3}{4}$ a $48\frac{5}{8}$ Rt. bz. und Gd., $48\frac{3}{4}$ Br., p. Febr.-März $48\frac{5}{8}$ a $48\frac{1}{4}$ Rt. bz. und Br., $48\frac{1}{8}$ Gd., p. Frühjahr $48\frac{1}{4}$ a 48 Rt. bz., Br. u. Gd., p. Mai-Juni $48\frac{1}{4}$ a 48 Rt. bz. und Gd., $48\frac{1}{4}$ Br., p. Juni-Juli $48\frac{5}{8}$ a $48\frac{3}{8}$ Rt. bz.

Große Gerste 42 a 48 Rt.

Hafer loko 25 a 28 Rt., p. Febr. und Febr.-März $26\frac{1}{4}$ Rt., p. März-April und Frühjahr $26\frac{1}{4}$ a 26 a $26\frac{1}{8}$ Rt. bez. u. Gd., $26\frac{1}{4}$ Br., p. Mai-Juni $26\frac{1}{4}$ Rt. bz. u. Gd., p. Juni-Juli $26\frac{3}{4}$ Rt. Gd.

Rüböl loko $11\frac{5}{12}$ Rt. bez., p. Febr. $11\frac{5}{12}$ a $11\frac{3}{8}$ Rt. bz. u. Gd., $11\frac{5}{12}$ Br., p. Febr.-März $11\frac{5}{12}$ a $11\frac{3}{8}$ Rt. bz. u. Gd., $11\frac{5}{12}$ Br., p. März-April $11\frac{5}{12}$ a $11\frac{3}{8}$ Rt. bz. u. Gd., $11\frac{5}{12}$ Br., p. April-Mai $11\frac{5}{12}$ a $11\frac{3}{8}$ Rt. bz. u. Gd., $11\frac{5}{12}$ Br., p. Mai-Juni $11\frac{1}{2}$ a 11 11/24 Rt. bz. u. Gd., $11\frac{1}{2}$ Br., p. Sept.-Okt. $11\frac{5}{8}$ a $11\frac{3}{4}$ a $11\frac{5}{8}$ Rt. bz. u. Br., 11 19/24 Gd.

Spiritus loko ohne Faß $20\frac{7}{12}$ a $20\frac{2}{3}$ Rt. bz., mit Faß p. Febr. $20\frac{3}{4}$ Rt. bz. u. Gd., $20\frac{5}{6}$ Br., p. Febr.-März $20\frac{3}{4}$ Rt. bz. u. Gd., $20\frac{5}{6}$ Br., p. März-April $20\frac{5}{6}$ a $20\frac{11}{12}$ Rt. bz., p. April-Mai $21\frac{1}{12}$ a $20\frac{11}{12}$ a $21\frac{1}{12}$ Rt. bz. u. Br., 21 Gd., p. Mai-Juni $21\frac{1}{6}$ a 21 7/24 Rt. bz., $21\frac{1}{3}$ Br., $21\frac{1}{4}$ Gd., p. Juni-Juli $21\frac{1}{2}$ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Juli-Aug. $21\frac{2}{3}$ a $21\frac{7}{12}$ a $21\frac{3}{4}$ Rt. bz.

Weizenmehl 0. $5\frac{1}{2}$ a $5\frac{5}{6}$, 0. u. 1. 5 a $5\frac{1}{3}$ Rt.
Roggenmehl 0. $3\frac{2}{3}$ a 4, 0. u. 1. $3\frac{1}{4}$ a $3\frac{7}{12}$ Rt.
(B. u. H. Z.)

Stettin, 21. Febr. Wetter: klare Luft, Thauwetter, Nachts leichter Frost, Mittags + 4° R. Wind SO.

Weizen loko p. 85pfd. gelber 77—83 Rt. bz., geringer bunter Poln. 78/80pfd. 77—79 Rt. bz., 85pfd. gelber p. Frühjahr $85\frac{1}{2}$, 85 Rt. bz. u. Gd., $85\frac{1}{4}$ Rt. Br., 83/85pfd. 82 Rt. bz.

Roggen loko p. 77pfd. $45\frac{1}{4}$—$44\frac{3}{4}$ Rt. bez., 77pfd. p. Febr. $45\frac{1}{2}$ Rt. bz., p. Frühj. $46\frac{1}{4}$ Rt. bz., 46 Rt. Gd., p. Mai-Juni $46\frac{3}{4}$ Rt. bz. u. Br., p. Juni-Juli $47\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Gerste loko p. 70pfd. Oderbruch 48—49 Rt. bz., feine große Märkische $46\frac{1}{2}$ Rt. bz., p. Frühjahr 69/70pfd. 44 Rt. Br., 68/70pfd. $43\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Hafer loko p. 50pfd. 26 Rt. bz., 47/50pfd. p. Frühj. $28\frac{1}{2}$ Rt. Br., $27\frac{3}{4}$ Rt. Gd.

Erbsen, Futter- 45—46 Rt. bz., kleine Koch- 47, 48—$48\frac{1}{2}$ Rt. bz.

Rüböl loko $11\frac{1}{4}$ Rt. bz. u. Br., p. April-Mai $11\frac{1}{3}$—$\frac{1}{4}$ Rt. bz., Br. und Gd., p. Sept.-Okt. $11\frac{5}{6}$ Rt. Br.

Spiritus loko ohne Faß $20\frac{7}{12}$ Rt. bz. p. Febr.-März $20\frac{7}{12}$ Rt. Gd., p. März-April $20\frac{2}{3}$ Rt. Br., p. Frühjahr 21 Rt. bz., Br. u. Gd., p. Mai-Juni $21\frac{1}{3}$ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Juni-Juli $21\frac{1}{2}$ Rt. Gd. (Ostſ. Ztg.)

Breslau, 21. Febr. Wetter: Heiter, am frühen Morgen + 2°.

Weißer Weizen 80—85—90—94 Sgr., gelber 80—85—88—92 Sgr.

Roggen, 61—62—$63\frac{1}{2}$ Sgr.

Gerste, gelbe 44—50 Sgr., weiße 54—57 Sgr.

Hafer, 29—31—$33\frac{1}{2}$ Sgr.

Erbsen, 55—60—65 Sgr.

Oelsaaten. Winterraps 95—99—102 Sgr. Sommerrübsen 70—75—85 Sgr.

Rother ord. Kleesamen 12—13 Rt., mittler $13\frac{1}{2}$—$14\frac{1}{2}$ Rt., feiner 15—$16\frac{1}{2}$, hochfeiner bis $17\frac{3}{4}$ Rt., weißer ord. 8—12 Rt., mittler $12\frac{1}{2}$—$15\frac{1}{2}$ Rt., feinmittler und feiner 16—19 Rt., hochfeiner bis $21\frac{1}{2}$ Rt.

Thymothe 10—$10\frac{1}{2}$—$11\frac{1}{2}$ Rt.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80% Tralles) $20\frac{1}{2}$ Rt. Gd.

An der Börse. Roggen p. Febr. u. Febr.-März $48\frac{1}{2}$ Br., März-April $48\frac{3}{4}$ Br., April-Mai 49 Br., Mai-Juni 50 Br.

Rüböl loko $11\frac{7}{12}$ Gd., p. Febr. $11\frac{1}{2}$ Br., Febr.-März $11\frac{1}{2}$ Br., März-April $11\frac{1}{2}$ Br., April-Mai $11\frac{1}{2}$ Br., Sept.-Okt. 12 Br.

Spiritus loko $20\frac{2}{3}$ bez., p. Febr. u. Febr.-März $20\frac{1}{2}$ bz., März-April $20\frac{7}{12}$ bz., April-Mai $20\frac{2}{3}$ bz. u. Br. (Br. Hdlsbl.)

Telegraphischer Börsenbericht.

Liverpool, 21. Febr. Baumwolle: 4000 Ballen Umsatz. Markt sehr stille.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, 21. Febr. 1861.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	$74\frac{3}{4}$ bz
Aachen-Mastricht	4	$17\frac{1}{2}$ bz
Amsterd. Rotterd.	4	$78\frac{1}{2}$ bz
Berg. Märk. Lt. A.	4	$84\frac{3}{8}$-$\frac{5}{8}$ bz
do. Lt. B.	4	$76\frac{1}{2}$ G
Berlin-Anhalt	4	$112\frac{3}{4}$ G
Berlin-Hamburg	4	110 G
Berl. Potsd. Magd.	4	140 bz
Berlin-Stettin	4	107 bz
Bresl. Schw. Freib.	4	85 bz
Brieg-Neiße	4	52 B
Cöln-Crefeld	4	— —
Cöln-Minden	3½	135 bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	$36\frac{1}{2}$ G
do. Stamm-Pr.	4½	$72\frac{3}{4}$ G
do. do.	4	$78\frac{1}{2}$ G
Löbau-Zittauer	5	— —
Ludwigshaf. Berb.	4	$129\frac{1}{2}$ bz
Magdeb. Halberst.	4	193 G
Magdeb. Wittenb.	4	$33\frac{3}{4}$ G
Mainz-Ludwigsh.	4	$99\frac{1}{2}$ bz
Mecklenburger	4	46-$46\frac{3}{4}$ bz
Münster-Hammer	4	$92\frac{1}{2}$ G
Neustadt-Weißenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	$94\frac{1}{2}$ bz
Niederschl. Zweigb.	4	— —
do. Stamm-Pr.	4	— —
Nordb., Fr. Wilh.	5	45-$\frac{1}{8}$ bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	123-$\frac{3}{4}$ bz
do. Litt. B.	3½	$111\frac{1}{2}$ bz
Oest. Franz. Staat.	5	129-$29\frac{1}{2}$ bz
Oppeln-Tarnowitz	4	32 bz
Pr. Wlh. (Steel-B)	4	$53\frac{1}{2}$ bz
Rheinische,	4	82 bz
do. Stamm-Pr.	4	92 bz
Rhein-Nahebahn	4	$25\frac{1}{4}$ B
Ruhrort-Crefeld	3½	76 bz
Stargard-Posen	3½	83 bz
Thüringer	4	$103\frac{1}{2}$ bz

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	115 G
Berl. Handels-Ges.	4	80 G
Braunschw. Bk. A.	4	66 B
Bremer do.	4	$98\frac{3}{4}$ B
Coburg. Kredit-do.	4	42 B
Danzig. Priv. Bk.	4	88 G
Darmstädter abgst.	4	72 G
do. Ber. Scheine	4	— —
do. Zettel-B. A.	4	$94\frac{1}{2}$ G
Dessauer Kredit-do.	4	$14\frac{1}{8}$-$14\frac{1}{4}$ bz u B
Dessauer Landesbk.	4	18 bz u B
Disk. Comm. Anth.	4	$80\frac{3}{4}$-$81\frac{1}{2}$ bz u G
Genfer Kred. Bk. A.	4	22 Post bz u B
Geraer do.	4	70 etw bz u B
Gothaer Priv. do.	4	$70\frac{3}{4}$ G
Hannoversche do.	4	$90\frac{1}{4}$ G
Königsb. Priv. do.	4	82 G
Leipzig. Kredit-do.	4	$62\frac{1}{4}$ G
Luxemburger do.	4	80 B
Magdeb. Priv. do.	4	$78\frac{1}{2}$ G
Meining. Kred. do.	4	$67\frac{1}{2}$ bz u G
Moldau. Land. do.	4	— —
Norddeutsche do.	4	$82\frac{3}{4}$ etw bz
Oestr. Kredit- do.	5	$56\frac{1}{4}$-$56\frac{3}{4}$ bz u G
Pomm. Ritt. do.	4	68 etw bz u G
Posener Prov. Bank	4	$81\frac{1}{4}$ bz
Preuß. Bank-Anth.	4½	128 G
Rostocker Bank Akt.	4	$103\frac{3}{4}$ G
Schles. Bank Verein	4	79 etw bz
Thüring. Bank-Akt.	4	$51\frac{1}{4}$ G
Vereinsbank, Hamb.	4	100 B
Waaren-Kred. Anth.	5	— —
Weimar. Bank-Akt.	4	74 G

Industrie-Aktien.

Dessau. Kont. Gas-A	5	94 B
Berl. Eisenb. Fabr. A.	5	$61\frac{1}{2}$ G
Hörder Hüttenv. Ak.	5	67 G
Minerva, Bergw. A.	5	$20\frac{1}{2}$ bz
Neustädt. Hüttenv. A	5	3 G p. St.
Concordia	4	$102\frac{1}{2}$ G [fco. Zins.
Magdeb. Feuerverſ. A	4	400 G

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	$81\frac{3}{4}$ G
do. II. Em.	4	81 B
do. III. Em.	4½	85 G
Aachen-Mastricht	4½	57 G
do. II. Em.	5	$52\frac{3}{4}$ bz
Bergisch-Märkische	5	$102\frac{1}{2}$ G
do. II. Ser.	5	$102\frac{1}{2}$ bz IV. $99\frac{1}{2}$ B
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	76 bz
do. Düsseld. Elberf.	4	$84\frac{3}{4}$ G
do. II. Em.	5	— —
do. III. S. (D. Soest)	4	84 B
do. II. Ser.	4½	— —
Berlin-Anhalt	4	97 G
do.	4½	$100\frac{5}{8}$ bz
Berlin-Hamburg	4½	$103\frac{1}{2}$ G
do. II. Em.	4½	$102\frac{1}{4}$ G
Berl. Pots. Mg. A.	4	$94\frac{1}{2}$ B
do. Litt. C.	4½	$100\frac{1}{4}$ G
do. Litt. D.	4½	100 B
Berlin-Stettin	4½	— —
do. II. Em.	4	88 bz
do. III. Em.	4	$87\frac{1}{2}$ bz
Bresl. Schw. Freib.	4½	— —
Brieg-Neißer	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	$101\frac{1}{4}$ bz
do. II. Em.	5	$103\frac{1}{2}$ G
Cöln-Minden	4	$87\frac{1}{2}$ G
do. III. Em.	4	$83\frac{1}{2}$ G
do.	4½	$92\frac{3}{4}$-93 bz
do. IV. Em.	4	$82\frac{5}{8}$-$\frac{3}{4}$ bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	— —
do. III. Em.	4½	85 B
Magdeb. Wittenb.	4½	$92\frac{1}{2}$ G
Niederschles. Märk.	4	$94\frac{1}{4}$ bz
do. conv.	4	$93\frac{1}{4}$ G
do. conv. III. Ser.	4	$89\frac{1}{2}$ bz
do. IV. Ser.	5	$103\frac{1}{2}$ bz
Nordb., Fried. Wilh	4½	$100\frac{1}{2}$ G
Oberschles. Litt. A.	4	— —
do. Litt. B.	3½	80 B, C. —
do. Litt. D.	4	88 bz
do. Litt. E.	3½	$76\frac{1}{4}$ bz
do. Litt. F.	4½	$94\frac{1}{2}$ bz
Oestreich. Französ.	3	254 bz u B
Prinz-Wilh. I. Ser.	5	II. — —
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl.	4	86 G
do. v. Staatgarant.	3½	$80\frac{1}{4}$ G
Rheinische Pr. Obl.	4½	$88\frac{3}{8}$ bz
Rh. Nhe-Pr. v. St. g	4½	$95\frac{1}{2}$ B
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	80 G
do. III. Ser.	4½	86 B
Stargard-Posen	4	$87\frac{1}{2}$ B
do. II. Em.	4½	— —
do. III. Em.	4½	$94\frac{1}{4}$ B
Thüringer	4½	$101\frac{1}{2}$ G
do. III. Ser.	4½	$101\frac{1}{4}$ B II. $104\frac{1}{4}$
do. IV. Ser.	4½	99 G [G

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	$100\frac{7}{8}$ G
Staats Anl. 1859	5	$105\frac{3}{4}$ bz
do.	4½	101 bz
do. 1856	4½	101 bz
do. 1853	4	96 bz
N. Präm St A 1855	3½	117 B
Staats-Schuldsch.	3½	$87\frac{1}{2}$ bz
Kur- u Neum. Schldv	3½	$85\frac{1}{8}$ G
Berl. Stadt-Oblig.	4½	101 G
do. do.	3½	$83\frac{1}{2}$ G
Berl. Börsenh. Obl.	5	$103\frac{3}{4}$ bz
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	$91\frac{5}{8}$ bz
Pfandbriefe: do.	4	$100\frac{1}{4}$ G
Pfandbriefe: Ostpreußische	3½	$83\frac{1}{4}$ G
Pfandbriefe: do.	4	$92\frac{3}{4}$ bz
Pfandbriefe: Pommersche	3½	89 bz
Pfandbriefe: do. neue	4½	$97\frac{1}{4}$ bz
Pfandbriefe: Posensche	4	$101\frac{1}{4}$ bz
Pfandbriefe: do.	3½	94 G
Pfandbriefe: do. neue	4	$89\frac{1}{2}$ bz
Pfandbriefe: Schlesische	3½	— —
Pfandbriefe: B. Staat gar. B.	3½	— —
Pfandbriefe: Westpreußische	3½	84 bz
Pfandbriefe: do.	4	$92\frac{3}{4}$ G
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	96 bz
Rentenbriefe: Pommersche	4	96 G
Rentenbriefe: Posensche	4	$92\frac{1}{4}$ bz
Rentenbriefe: Preußische	4	$95\frac{1}{2}$ bz
Rentenbriefe: Rhein- u. Westf.	4	$95\frac{1}{2}$ G
Rentenbriefe: Sächsische	4	$96\frac{1}{2}$ G
Rentenbriefe: Schlesische	4	$95\frac{3}{4}$ B

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	44 G
do. National-Anl.	5	$51\frac{3}{4}$-$52\frac{1}{4}$ bz
do. 250 fl. Präm. O.	4	57 bz
do. neue 100 fl. Loose	—	$51\frac{1}{4}$ G
Russische: 5. Stieglitz-Anl.	5	88 B
Russische: 6. do.	5	$98\frac{3}{4}$ G
Russische: Englische Anl.	5	102 G 4½%
Russische: N. Russ. Egl. Anl.	3	60 G [90 G
Polnische: Poln. Schatz-O.	4	$81\frac{1}{4}$ bz u B
Polnische: Cert. A. 300 Fl.	5	$93\frac{3}{8}$ bz
Polnische: do. B. 200 Fl.	—	23 G
Polnische: Pfdbr. u. in S R.	4	$85\frac{3}{4}$ etw bz
Polnische: Part. O. 500 Fl.	4	91 G
Oestr. 5proz. Loose	5	$54\frac{3}{4}$-55 bz
Hamb. Pr. 100 BM	—	88 G
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	$46\frac{1}{2}$ B
Neue Bad. 35 Fl. do.	—	$30\frac{1}{8}$ bz
Dessau. Präm. Anl.	3½	$94\frac{3}{4}$ G

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	$113\frac{1}{2}$ bz
Gold-Kronen	—	9. $4\frac{1}{2}$ G
Louisd'or	—	$109\frac{1}{4}$ bz
Sovereigns	—	6. 21 bz
Napoleonsd'or	—	5. $9\frac{3}{4}$ bz
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	Imp. 458 bz
Dollars	—	1. $11\frac{3}{8}$ G
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 21 G
K. Sächs. Kass. A.	—	$99\frac{7}{8}$ bz
Fremde Banknot.	—	$99\frac{1}{4}$ G
do. (einl. in Leipzig)	—	$99\frac{7}{8}$ bz
Fremde kleine	—	$99\frac{1}{4}$ G
Oestr. Banknoten	—	$68\frac{1}{2}$ bz
Poln. Bankbillet	—	$86\frac{3}{4}$ bz

Wechsel-Kurse vom 21. Febr.

Amsterd. 250 fl. kurz	3	142 B
do. 2 M.	3	$141\frac{3}{8}$ bz
Hamb. 300 Mk. kurz	2½	151 bz
do. do. 2 M.	2½	$150\frac{3}{8}$ bz
London 1 Lstr. 3 M.	4	6. $19\frac{3}{4}$ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3	$79\frac{5}{12}$ bz
Wien öst. W. 8 T.	—	$67\frac{1}{2}$ bz
do. do. 2 M.	6	$67\frac{1}{8}$ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	3	56. 24 G
Frankf. 100 fl. 2 M.	3	56. 24 G
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	4	$99\frac{5}{6}$ bz
do. do. 2 M.	4	$99\frac{5}{12}$ G
Petersb. 100 R. 3 W.	4	$95\frac{5}{8}$ bz
Bremen 100 Tlr. 8 T.	3½	109 bz
Warschau 90 R. 8 T.	—	$86\frac{3}{4}$ bz
Bank-Disk. f. Wchs.	4	

An der heutigen Börse hat sich gute Kauflust eingestellt und der Umsatz war deshalb nicht unbedeutend.

Breslau, 21. Februar. Bei ziemlich fester Stimmung gingen die Kurse durchgängig höher; Eisenbahnaktien bis zum Schlusse gut behauptet und zu steigenden Kursen lebhaft gefragt.

Schlußkurse. Oestreichische Kredit-Bank-Aktien $57\frac{1}{2}$-$56\frac{3}{4}$ bz. Schlesischer Bankverein 79 Br. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Aktien 85 Br. dito Prior. Oblig. $87\frac{11}{12}$ Br. dito Prior. Oblig. —. Köln-Mindener Prior. —. Neisse-Brieger —. Oberschlesische Lit. A. und C. $122\frac{3}{4}$ Gd. dito Lit. B. $110\frac{3}{4}$ Gd. dito Prior. Oblig. $87\frac{3}{4}$ Gd. dito Prior. Oblig. Lit. F. $94\frac{11}{12}$ Br. dito Prior. Oblig. Lit. E. $76\frac{1}{4}$ Br. Oppeln-Tarnowitzer $32\frac{1}{2}$ Br. Rheinische —. Kosel-Oderberger $36\frac{3}{4}$ Br. dito Prior. Oblig. —. dito Prior. Oblig. —. dito Stamm-Prior.-Obl. —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

London, Donnerstag, 21. Februar, Nachmittags 3 Uhr. Flaue Börse. Silber $61\frac{1}{4}$.

Konsols $91\frac{5}{8}$. 1proz. Spanier $40\frac{1}{2}$. Merikaner $23\frac{1}{2}$. Sardinier 81. 5proz. Russen $104\frac{1}{2}$. 4½proz. Russen 91.

Amsterdam, Donnerstag, 21. Februar. Nachmittags 4 Uhr. Der Kurs der 3% Rente aus Paris von Mittags 1 Uhr war 68, 00, von 1½ Uhr 67, 95, der des Credit mobilier 656 gemeldet.

5proz. östr. Nat. Anl. $48\frac{1}{2}$. 5% Metalliques Lit. B. $64\frac{11}{16}$. 5proz. Metalliques $41\frac{1}{2}$. 2½proz. Metalliques $22\frac{13}{16}$. 1proz. Spanier 41. 3proz. Spanier $47\frac{5}{16}$. 5proz. Russen $82\frac{13}{16}$. 5proz. Stieglitz de 1855 $93\frac{11}{16}$. Merikaner $22\frac{1}{2}$. Londoner Wechsel, kurz 11, 85. Wiener Wechsel, kurz $77\frac{1}{2}$. Hamburger Wechsel $35\frac{3}{8}$. Petersburger Wechsel 1, 66. Holländische Integrale $63\frac{11}{16}$.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.